



Ministerialdirektor Peter Mießen
Abteilungsleiter Haushalt

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

Obersten Bundesbehörden
- je 2-fach -

TEL +49 (0) 30 18 682-1750

FAX +49 (0) 30 18 682-881750

E-MAIL Olaf.Jenßen@bmf.bund.de

DATUM 29. November 2011

Verfahrenshinweise für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2013 und des neuen Finanzplans 2012 bis 2016 im Top-Down-Verfahren (Aufstellungs Rundschreiben)

GZ **II A 1 - H 1105/11/10002 :001**

DOK **2011/0831738**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Das regierungsinterne Verfahren für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2013 und des neuen Finanzplans des Bundes 2012 bis 2016 sowie des Wirtschafts- und Finanzplans des Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ wird entsprechend dem Kabinettsbeschluss vom 6. Juli 2011 (Beschlusspunkt 7) als Top-Down-Verfahren durchgeführt. Vom Top-Down-Verfahren ausgenommen sind die Einzelpläne der in § 28 Absatz 3 BHO genannten Institutionen (Einzelpläne 01, 02, 03, 19 und 20).

Der aktuelle Ablaufplan für das regierungsinterne Haushaltsaufstellungsverfahren - der unter dem Vorbehalt noch möglicher Änderungen steht - ist der Anlage 1 zu entnehmen.

Vorsorglich mache ich bereits jetzt darauf aufmerksam, dass die Anmeldungen zum Personalhaushalt dieses Mal bereits drei Wochen früher vorzulegen sind als die auf den Eckwerten fußenden Voranschläge zum Sachhaushalt. Ziel ist die frühzeitige Entwicklung eines Personalgesamtkonzeptes und mithin eine Verringerung des Abstimmungsaufwands für den Regierungsentwurf.

Mit Blick auf die enge Terminlage für die Erarbeitung der Kabinettsvorlage zum Eckwertebeschluss bitte ich sicherzustellen, dass in diesem Zusammenhang ggf. noch erforderliche Informationen Ihrer Haushaltsreferate meinen zuständigen Referaten kurzfristig übermittelt werden.

Unmittelbar nach der Eckwerte-Kabinettsitzung werden mit einem weiteren Rundschreiben der Kabinettsbeschluss zu den Eckwerten sowie ergänzende Verfahrensregelungen einschließlich der verbindlichen Vorlagetermine für die Anmeldungen zum Personalhaushalt und die Voranschläge zum Sachhaushalt bekannt gegeben.

Bei der Vorbereitung und der Erstellung der Haushaltsvoranschläge auf Basis der Eckwerte sowie im weiteren Aufstellungsverfahren bitte ich um Beachtung der Verfahrenshinweise nach der Anlage 2.

Ihre Haushaltsreferate erhalten dieses Rundschreiben in elektronischer Form unmittelbar per E-Mail. Ferner wird das Rundschreiben im Intranet des Bundes unter „www.intranet.bund.de > Haushalt > IVBB-Intranetseite: [auf den dortigen Link klicken] > Bundeshaushalt 2013 - 1. Haushaltsaufstellung“ veröffentlicht.

Im Auftrag



M. Meßen

Anlage 1

zu BMF - II A 1 - H 1105/11/10002 :001
DOK: 2011/0831738

**Vorläufiger Terminplan
für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2013 und neuen Finanzplans bis 2016**

	<u>2012</u>
Jahreswirtschaftsbericht	Mitte Januar
Entwicklung des Eckwertebeschlusses und Erarbeitung der Kabinetttvorlage durch BMF	bis Ende Februar
Ressortabstimmung des Entwurfs der BMF-Kabinetttvorlage	Ende Februar bis Anfang März
Zuleitung Kabinetttvorlage an Kabinett	In der Woche vor Kabinettsitzung
Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss	21. März
Bekanntgabe des Kabinettschlusses mit BMF-Rundschreiben	23. März
Vorlage der Anmeldungen zum Personalhaushalt bei BMF	bis 2. April
	<i>(Schulferien 2. – 14. April)</i>
Vorlage der Voranschläge zum Sachhaushalt bei BMF	bis 24. April
Mittelfristprojektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	Mitte/Ende April
Steuerschätzung	Anfang Mai
Haushaltsgespräche Ressorts/BMF	bis Mitte Juni
Zuleitung an Kabinett	In der Woche vor Kabinettsitzung
Kabinettsitzung für Regierungsentwurf des BHH 2013 und neuen Fpl. bis 2016	Ende Juni/Anfang Juli

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

Anlage 2

zu BMF - II A 1 - H 1105/11/10002 :001
DOK: 2011/0831738

**Verfahrenshinweise
für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2013 und neuen Finanzplans bis 2016
nach dem Eckwertebeschluss im März 2012**

Inhaltsübersicht

Ziffer	Bezeichnung
1.	Anwendung der Haushaltstechnischen Richtlinien des Bundes (HRB)
2.	Vorlage haushaltsbegründender Unterlagen
3.	Grundsatz der Wirtschaftlichkeit bei Einnahmen und Ausgaben
4.	Ausnahmen vom Grundsatz der Gesamtdeckung
5.	Verpflichtungsermächtigungen
6.	Flexibilisierte Ausgaben
7.	Versorgungsbereich
8.	Dienstkraftfahrzeuge/Geschäftszimmerausstattungen
9.	Ausgaben für die Informationstechnik
10.	Selbstbewirtschaftungsmittel
11.	Veranschlagung von Projekten Öffentlich Privater Partnerschaften - ÖPP-Projekte -
12.	Projektförderung bei Titeln der Hauptgruppen 6 und 8
13.	Zinszuschussförderung und Auszahlung der Fördermittel
14.	Auf die ODA-Quote anrechenbare Maßnahmen
15.	Projekt „Auf- und Ausbau von Kompetenz- und Dienstleistungszentren des Bundes“ (DLZ)
16.	Einheitliches Liegenschaftsmanagement (ELM)
17.	Beiträge bzw. Zuschüsse an Organisationen, Vereine und Verbände; Zahlungen in fremder Währung
18.	Dokumentation der Sonderabgaben
19.	Dokumentation der Ausgabereste für das parlamentarische Verfahren
20.	Personalhaushalt
21.	Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger und entsprechend geförderte Einrichtungen
22.	Sondervermögen „Energie- und Klimafonds (EKF)“
23.	Technische Hinweise
24.	Darstellung der EU-Mittel
25.	Anwendung des geänderten Funktionenplans

Hinweis:

Word-/Exceldateien der zu den einzelnen Ziffern nachfolgend genannten (Formblatt-)Muster können im Intranet des Bundes herunter geladen werden

(unter > www.intranet.bund.de > Haushalt > IVBB-Intranetseite: [auf den dortigen Link klicken]
> Bundeshaushalt 2013 - 1. Haushaltsaufstellung).

1. Anwendung der Haushaltstechnischen Richtlinien des Bundes

Grundlage für die Gestaltung der nach dem Eckwertebeschluss vorzulegenden Haushaltsvoranschläge sind auch für das Top-Down-Haushaltsaufstellungsverfahren die Haushaltstechnischen Richtlinien des Bundes (HRB) in der mit BMF-Rundschreiben vom 15. Dezember 2008 - II A 1 - H 1105/08/10007; DOK 2008/0710120 - veröffentlichten Fassung. Dazu gelten folgende Ausnahmen:

- Abweichend von Nr. 9.3.2 HRB ist bei der Übersicht der Funktionsplanstellen auf § 1 der Bundesobergrenzenverordnung abzustellen.
- Abweichend von Nr. 9.9.6 HRB ist in den Voranschlägen ohne Änderung der Spaltenbezeichnung die Ist-Besetzung mit Stand 1. Februar 2012 einzutragen.
- Für die Epl. 08, 09 und 10, die an der Pilotierung der Neustrukturierung des Bundeshaushalts teilnehmen, gelten abweichend die Regelungen der Ihnen vorliegenden jeweils aktuellen HRB-Entwurfsfassung. Anwendungsprobleme bitte ich bilateral zwischen den Haushaltsreferaten der Pilot-Ressorts und den Haushaltsreferaten des BMF zu klären. BMF wird die Pilot-Ressorts fortwährend und zeitnah über Neuerungen/Änderungen informieren.

BMF prüft im Rahmen der Pilotierung der Neustrukturierung des Bundeshaushalts auch, inwiefern einzelne Elemente dieser Neustrukturierung geeignet sind, noch im Regierungsentwurf 2013 auch in Einzelpläne übernommen zu werden, die nicht an der Pilotierung teilnehmen. BMF wird alle betroffenen Ressorts zu gegebener Zeit über die damit verbundenen Verfahrensschritte und sich daraus ggf. ergebende Abweichungen von der Anwendung der HRB informieren.

2. Vorlage haushaltsbegründender Unterlagen

BMF überprüft die Voranschläge hinsichtlich der vollständigen Umsetzung der Eckwerte, der Etatreife, der sach- und bedarfsgerechten Titelveranschlagung, der Berücksichtigung verfügbarer Ausgabereste bei der Dotierung flexibilisierter Ausgaben sowie hinsichtlich der Beachtung der einschlägigen haushaltsrechtlichen und -technischen Regelungen (wie die Ausbringung von Haushaltsvermerken und Verpflichtungsermächtigungen).

Den Voranschlägen sind daher - neben den nachfolgend angeforderten bzw. nach den HRB vorzulegenden Unterlagen - alle für diese titelscharfen Einzelprüfungen notwendigen haushaltsbegründenden Unterlagen beizufügen.

3. Grundsatz der Wirtschaftlichkeit bei Einnahmen und Ausgaben

Gemäß §§ 7 und 34 BHO sind sowohl bei der Haushaltsaufstellung als auch bei der Haushaltsführung die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.

Für Einnahmen bedeuten diese Grundsätze u. a., dass in allen Geschäftsbereichen alle möglichen Einnahmeverbesserungen auszuschöpfen und im Aufstellungsverfahren zu

berücksichtigen sind. Die Verwaltungseinnahmen sind nach dem voraussichtlichen kassenmäßigen Aufkommen zu veranschlagen. Bei der Ermittlung der Ansätze sind die Ist-Ergebnisse der Vorjahre zu berücksichtigen. Erwartete Einnahmen aus Abfindungen und Erstattungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag sind nicht zu veranschlagen, wenn sie nach Nr. I.2.3 des gemeinsamen BMI/BMF-Rundschreibens vom 22. Dezember 2010 - D 4 - 223 320/3 // Z B 3 - P 1617/09/10002-01 - an den Versorgungsfonds abzuführen sind (siehe Haushaltsvermerk zu Titeln 232 57 in den Versorgungskapiteln).

Gebühren und Entgelte sind grundsätzlich kostendeckend festzusetzen; sie müssen in der Regel den personellen und sachlichen Aufwand decken. Nach dem Verwaltungskostengesetz ist im Einzelfall auch eine Gebührenerhebung über den anfallenden Verwaltungsaufwand hinaus möglich, z. B. um den durch die kostenpflichtige Amtshandlung entstehenden Vorteil angemessen zu berücksichtigen. Ggf. erforderliche Rechtsgrundlagen sind zu schaffen (VV Nr. 3.1 zu § 34 BHO) bzw. zu aktualisieren.

Den haushaltsbegründenden Unterlagen ist eine aktuelle Übersicht über die Gebühreneinnahmen entsprechend dem Formblattmuster nach **Anhang 1** beizufügen. Bei der Prüfung der Übersicht wird besonderes Augenmerk auf die Frage der Aktualität von Gebührenverordnungen und den Kostendeckungsgrad der Gebühren gerichtet.

Für die Ausgaben bedeutet der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, dass für alle finanzwirksamen Maßnahmen angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen sind. Damit BMF dies entsprechend den Forderungen des Bundesrechnungshofes weiterhin auch im Rahmen des Top-Down-Haushaltsaufstellungsverfahrens zumindest stichprobenweise nachvollziehen und hinterfragen kann, sind den haushaltsbegründenden Unterlagen für finanzwirksame Maßnahmen von größerer Bedeutung wie bisher entsprechende Nachweise beizufügen.

4. Ausnahmen vom Grundsatz der Gesamtdeckung

Ausnahmen vom Grundsatz der Gesamtdeckung durch Haushaltsvermerk sind grundsätzlich nur unter folgenden Voraussetzungen zulässig:

Zweckbindung

Eine Beschränkung bestimmter Einnahmen auf die Verwendung für bestimmte Zwecke (Zweckbindung) durch Haushaltsvermerk ist nur unter der Voraussetzung zulässig, dass die Mittel von Dritten mit rechtsverbindlicher Verwendungsaufgabe zugewendet werden (insbesondere zweckgebundene Zuschüsse und Erstattungen der Europäischen Union sowie zweckgebundene Mittel wie Spenden, Stiftungen, Erbschaften, Vermächnisse, Aufträge von Dritten und Bundesbehörden).

Verstärkung

Können überplanmäßige Einnahmen eingehen, ist eine Heranziehung dieser Einnahmen für bestimmte Ausgabetitel durch Ausbringung eines Haushaltsvermerks unter der Voraussetzung zulässig, dass hierdurch eine sparsame und auf Wirtschaftlichkeit orientierte Mittelbewirtschaftung gefördert wird und Anreize zur Erzielung von Mehreinnahmen verstärkt werden.

Auch in den Vorjahren ausgebrachte Zweckbindungs- und Verstärkungsvermerke sind dahingehend zu überprüfen, ob die Voraussetzungen (noch) erfüllt werden. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob jeweils die für den vorgesehenen Anwendungsfall korrekte Vermerksformulierung gewählt wurde (vgl. Formulierungen Regelfall/Ausnahmefall unter Nr. 5.5 HRB). Dabei ist zu beachten, dass veranschlagte Einnahmen wegen des Grundsatzes eines ausgeglichenen Haushalts nicht zur Deckung von Mehrausgaben verwendet werden können. Die Anwendung des Regelvermerks (Formulierung mit „Mehreinnahmen“) setzt sowohl bei Zweckbindungs- als auch Verstärkungsvermerken ein tatsächliches Mehr gegenüber dem entsprechenden Einnahmesoll voraus.

Rückeinnahmen und Erstattungen/Beiträge Dritter (sog. Rotbuchungen)

Im Haushaltsgesetz (§§ 6 und 12) werden auch im Aufstellungsverfahren 2013 generelle Regelungen zu Deckungs- und Verstärkungsmöglichkeiten, zur Zweckbindung und zur Buchung von Rückzahlungen aufgenommen. Daher sind für diese Fälle zusätzliche Haushaltsvermerke nicht vorzusehen. Für die Ausbringung weitergehender Haushaltsvermerke ist ein strenger Maßstab anzulegen. Ebenfalls nicht vorgesehen sind Regelungen, wonach bei Titeln mit teilweise weit gefasster Zweckbestimmung lediglich undifferenzierte Haushaltsvermerke wie „Erstattungen fließen den Ausgaben zu.“ ausgebracht werden.

5. Verpflichtungsermächtigungen

Mit Blick auf die Entwicklung bei den Verpflichtungsermächtigungen wird die restriktive Vorgehensweise fortgesetzt. Insofern gelten die nachfolgenden Maßgaben auch für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2013.

Besonderes Augenmerk ist dabei auch auf die im HKR-Verfahren gebuchten Verpflichtungen zu richten. Sofern im Rechnungslegungsverfahren fehlerhaft gebuchte Verpflichtungen korrigiert worden sind, sind diese Korrekturen unbedingt auch bei den im HKR-Verfahren gebuchten Altverpflichtungen vorzunehmen, da die Haushaltsdatenbank allein auf diese Daten zugreift.

- 5.1 Verpflichtungsermächtigungen, bei denen die Angabe einer bestimmten Jahresfälligkeit nicht möglich ist, sind grundsätzlich als nicht etatreif anzusehen.

5.2 Bei Titeln, deren Ansätze durch die bis 31. Dezember 2011 eingegangenen und gebuchten Verpflichtungen und die Soll-Ermächtigung des Haushalts 2012 in einem Fälligkeitsjahr zu 100 Prozent und mehr gebunden sind, werden grundsätzlich keine neuen Verpflichtungsermächtigungen für diese Fälligkeitsjahre im Regierungsentwurf 2013 ausgebracht.

5.3 Weiterhin soll die Vorbindung pro Titel durch die bis 31. Dezember 2011 eingegangenen und gebuchten Verpflichtungen, die Soll-Ermächtigung des Haushalts 2012 und die neuen Verpflichtungsermächtigungen des Jahres 2013

- für das Fälligkeitsjahr 2014 maximal 80 Prozent,
- für das Fälligkeitsjahr 2015 maximal 60 Prozent und
- für das Fälligkeitsjahr 2016 maximal 40 Prozent

des Titelansatzes grundsätzlich nicht überschreiten.

Die vorgenannte maximale Vorbindung pro Titel darf im Ausnahmefall überschritten werden. Eine solche Ausnahme wäre, dass bei Berücksichtigung erwarteter Einnahmen der EU (insbesondere ESF), von Ländern oder Dritten beim Titelanatz diese Quote eingehalten würde. Auch eine Gesamtbetrachtung mehrerer Titel mit dem Ziel einer Gesamtvorbindungsquote bei zwingendem sachlichen Zusammenhang ist denkbar. Ausnahmetatbestände sind jedoch stets mit BMF vorabzustimmen.

6. Flexibilisierte Ausgaben

Bei den flexibilisierten Ausgaben gemäß Haushaltsgesetz (§ 5) sind die nachfolgenden Maßgaben zu beachten.

6.1 Obergrenze für die Ausgaben je Kapitel ist die Summe der in die Flexibilisierung einbezogenen Ansätze des geltenden Finanzplans (Stand: 6. Juli 2011 - Kabinettsbeschluss), ggf. bereinigt um Mittelumschichtungen zwischen den Kapiteln bzw. Einzelplänen (z. B. infolge Aufgabenübergangs). Neue Flexibilisierungen im Haushalt 2012 sind ebenso zu berücksichtigen wie die Herausnahme von Kapiteln und Titeln aus dem flexibilisierten Ausgabenbereich gemäß Haushaltsgesetz (§ 5). Der notwendigen bedarfsgerechten Veranschlagung der Einzelansätze ist vorrangig durch Umschichtungen innerhalb der flexibilisierten Ausgaben Rechnung zu tragen und nicht durch eine Ausweitung der flexibilisierten Ansätze.

6.2 Im Rahmen der bedarfsgerechten Veranschlagung sind die sich aus dem Jahresabschluss 2011 ergebenden maximal übertragbaren Ausgaben zu bewerten und zu berücksichtigen. Hierzu ist der Bestand an übertragbaren Ausgaben im Zusammenhang mit den Voranschlägen für den Haushalt 2013 kritisch zu überprüfen und mit den geplanten Neuertätisierungen abzugleichen. Dieser Prüfung kommt angesichts der Entwicklung bei

den Ausgaberesten des flexibilisierten Bereichs weiterhin besondere Bedeutung zu. Soweit die Ende 2011 überjährig zur Verfügung stehenden Mittel je Titel die vorgesehenen Soll-Ansätze 2012 um mehr als 10 Prozent übersteigen, ist im Rahmen der Haushaltsgespräche nach Eckwertebeschluss die geplante Verwendung dieser Mittel darzulegen. Die Prüfung kann sich dabei grundsätzlich auf Titel mit übertragbaren Ausgaben von mehr als 500 TEUR konzentrieren.

7. Versorgungsbereich

- 7.1 Zur Plausibilisierung der Ansätze zu den Versorgungsausgaben - einschließlich der zugrunde gelegten Entwicklung der Empfängerzahlen - sind das Muster nach **Anhang 2** zu verwenden und die dort gegebenen Hinweise zu beachten.
- 7.2 Der Bedarf für die Zuweisungen an den Versorgungsfonds, die aufgrund von Einnahmen aus Abfindungen oder Erstattungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag für den unter § 14 des Versorgungsrücklagegesetzes fallenden Personenkreis zu leisten sind (siehe Nr. I.2.3 des gemeinsamen BMI/BMF-Rundschreibens vom 22. Dezember 2010 - D4 - 223 320/3 // ZB3 - P 1617/09/10002-01) muss nicht veranschlagt werden; er kann ggf. über den Haushaltsvermerk bei den Einnahmetiteln 232 57 in den Versorgungskapiteln gedeckt werden.
- 7.3 Bei der Veranschlagung der Zuführungen an die Versorgungsrücklage sind die durch das Bundesministerium des Innern gesondert bekannt gegebenen aktuellen Berechnungsfaktoren zu Grunde zu legen.
- 7.4 Aufgrund eines Beschlusses des Rechnungsprüfungsausschusses soll künftig eine Gesamtübersicht über den Versorgungsbereich in den Bundeshaushaltsplan aufgenommen werden. Die hierzu erforderlichen Daten werden zur gegebenen Zeit mit einem gesonderten Rundschreiben abgefragt.

8. Dienstkraftfahrzeuge/Geschäftszimmerausstattungen

Für die Veranschlagung zur Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen (DKfz) gelten die **Anhänge 3 und 4**. Die dort getroffenen Regelungen berücksichtigen auch das Regierungsprogramm „Elektromobilität“. Mit dem Regierungsprogramm wurden u. a. die Fahrzeugflotten der Bundesressorts als ein geeignetes Einsatzfeld von Elektrofahrzeugen (e-DKfz) identifiziert. Die Bundesressorts mit ihren nachgeordneten Bereichen sollen daher die Einführung von Elektrofahrzeugen am Markt mit entsprechenden Beschaffungsmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung begleiten. Angestrebter Zielwert für 2013 ist die Beschaffung von zehn Prozent der Neufahrzeuge, die weniger als 50 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen. Die Erfüllung des gesetzten Zieles erfordert die Beschaffung und sukzessive Implementierung von Elektro- und Hybridfahrzeugen in den Fahrzeugflotten der Bundesressorts. Für die Beschaffung von e-DKfz - mit den in **Anhang 4** beschriebenen Antriebsvarianten und Kriterien - können in bestimmten

Fahrzeugsegmenten höhere Preise veranschlagt werden.

Die zuständige Zentrale Beschaffungsstelle (ZBSt) der Bundesfinanzdirektion Südwest wird im 2. Quartal 2012 den Bedarf an e-DKfz im Rahmen einer ressortübergreifenden Bedarfsabfrage ermitteln und den Bedarfsträgern der Bundesressorts e-DKfz in 2013 abrufbereit mittels Rahmenverträgen im Online-Katalog des „Kaufhaus des Bundes (KdB)“ zur Verfügung stellen.

Bei der Darstellung der Veranschlagung der Ausgaben für DKfz und der Veräußerungserlöse im Haushaltsplan ist zu beachten, dass Mehreinnahmen aus der Veräußerung beim Einnahmetitel verbucht werden und danach eine Verstärkung der Ausgaben für die Ersatzbeschaffung von DKfz gemäß § 6 Abs. 7 HG erfolgt. Die erwarteten Mehreinnahmen sind in den Standarderläuterungen zu Tit. 811 .1 einzutragen.

Ausgaben für die Beschaffung von Geschäftszimmerausstattungen können bis zu den im **Anhang 5** ausgewiesenen Höchstbeträgen veranschlagt werden.

9. Ausgaben für die Informationstechnik

Gemäß den Festlegungen des im Bundeskabinett beschlossenen Konzepts „IT-Steuerung Bund“ hat der Rat der IT-Beauftragten für das Jahr 2013 ein IT-Rahmenkonzept des Bundes beschlossen. Das IT-Rahmenkonzept des Bundes ist das für alle Ressorts verbindliche Planungsinstrument für ressortübergreifende Vorhaben. Grundsätzlich können in der Ressortplanung keine Haushaltsmittel für die (parallele) Entwicklung oder Fortführung alternativer IT-Anwendungen etatisiert werden, die bereits durch ressortübergreifende IT-Maßnahmen im IT-Rahmenkonzept des Bundes abgedeckt sind. Das IT-Rahmenkonzept des Bundes wird vom BMI-Referat IT 2 erstellt und ist über die Ressortbeauftragten (CIO-Ressort) einsehbar.

Anders als in den Vorjahren sind nur für Ausgaben und/oder Verpflichtungsermächtigungen in einem Umfang von mehr als 10 Mio. € im Einzelfall Formblätter entsprechend dem Muster nach **Anhang 6** als haushaltsbegründende Unterlagen einschließlich Begründungen beizufügen. Die ausgefüllten Formblätter sind - zu dem Vorlagetermin für die Voranschläge zum Sachhaushalt (voraussichtlich: 24. April 2012), der mit der Bekanntgabe des Eckwertebeschlusses verbindlich mitgeteilt wird - dem BMF-Referat II A 4 zuzuleiten (per E-Mail an: WibeIIA4@bmf.bund.de).

Dem Bundesrechnungshof (BWV - Beauftragter für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung) ist rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme zu diesen haushaltsbegründenden Unterlagen zu geben.

Für alle übrigen angemeldeten Haushaltsmittel für IT-Maßnahmen ist dem zuständigen Spiegelreferat im BMF - ebenfalls zu dem Vorlagetermin für die Voranschläge zum

Sachhaushalt - anzuzeigen, dass hierfür Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gemäß § 7 BHO sowie eine Prioritätenplanung vorliegen.

Bei Zuwendungen zur institutionellen Förderung und zur Projektförderung, deren IT-Ausgaben jährlich voraussichtlich mehr als 500 TEUR betragen werden, ist - ebenfalls zu dem Vorlagetermin für die Voranschläge zum Sachhaushalt - dem zuständigen Spiegelreferat im BMF ebenfalls anzuzeigen, dass für alle veranschlagten IT-Mittel Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen durchgeführt worden sind.

10. Selbstbewirtschaftungsmittel

Die Ausbringung von Selbstbewirtschaftungsvermerken kommt gemäß § 15 Abs. 2 BHO nur dann in Betracht, wenn hierdurch nachweislich eine sparsame Bewirtschaftung gefördert wird und dieses Ziel nicht auf andere Weise zu erreichen ist. Bei allen Titeln mit Selbstbewirtschaftungsvermerken ist zudem eine Standarderläuterung entsprechend Nr. 2.5 im Beispiel 21 zu Nr. 11.4 HRB auszubringen, aus der sich der Umfang der nicht verbrauchten Selbstbewirtschaftungsmittel zum Jahresabschluss 2011 ergibt.

11. Vorbereitung und Veranschlagung von Projekten Öffentlich Privater Partnerschaften - ÖPP-Projekte -

- 11.1 Der Bund/Länder-Arbeitsausschuss „Haushaltsrecht und Haushaltssystematik“ hat Empfehlungen zur haushaltsrechtlichen und haushaltssystematischen Behandlung von ÖPP-Projekten erarbeitet. Diese sind den Obersten Bundesbehörden mit BMF-Rundschreiben vom 2. November 2007 - II A 3 - H 1012-5/07/0003; DOK 2007/0498167 - übermittelt worden (*im Intranet Bund unter <http://www.bmf.intranet.bund.de/info/fach/haushalt/index.html>*). Zur Umsetzung dieser Empfehlungen wurden für die Veranschlagung von ÖPP-Projekten die Gruppe 813 „*Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten bei beweglichen Sachen*“ sowie die Gruppe 520 „*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben bei ÖPP-Projekten*“ bereitgestellt. Die bereits bestehende Gruppe 823 erhielt die Bezeichnung „*Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb von privat vorfinanzierten unbeweglichen Sachen*“.

Für die Veranschlagung der Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen von ÖPP-Projekten im Einzelnen sind grundsätzlich die Empfehlungen des Bund/Länder-Arbeitsausschusses „Haushaltsrecht und Haushaltssystematik“ (insbesondere unter Ziffer 6.4.2) zu beachten. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Veranschlagung auf Basis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (Ziffer 6.4.1.3.2 Lit. B der o. a. Empfehlungen) erfolgt und haushaltsrechtlich Vorsorge zu treffen ist.

- 11.2 Zur Veranschlagung von ÖPP-Projekten im Rahmen des Einheitlichen Liegenschaftsmanagements (ELM) vgl. die Ausführungen in Ziffer 16.2 und den Ablaufplan des BMF in Anhang 9.
- 11.3 Zur weiteren Entwicklung des Marktes für Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) hat der Bund unter Beteiligung von Ländern, Kommunen und Privaten die Beratungsgesellschaft ÖPP Deutschland AG („Partnerschaften Deutschland“) gegründet, die ausschließlich die öffentliche Hand in allen ÖPP-relevanten Fragen berät. Öffentlichen Auftraggebern wird damit ein hochwertiges und neutrales Beratungsangebot zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der Prüfung nach § 7 BHO, inwieweit staatliche Aufgaben oder öffentlichen Zwecken dienende wirtschaftliche Tätigkeiten durch Ausgliederung und Entstaatlichung oder Privatisierung erfüllt werden können, ist auch die Beschaffungsvariante ÖPP zu prüfen. Bei dieser Prüfung bietet die Partnerschaften Deutschland ihren Auftraggebern Hilfestellung an.
- Sie kann im Rahmen eines „Helpdesk“ eine für den öffentlichen Entscheidungsträger kostenlose Erstberatung durchführen.
 - Bei weiterem Bedarf kann der öffentliche Entscheidungsträger die Partnerschaften Deutschland mit der Beratung bei konkreten Projekten sowie bei deren späterer Umsetzung - mit dem Schwerpunkt Frühphasenberatung - beauftragen.
 - Darüber hinaus kann die Partnerschaften Deutschland mit Grundlagenarbeit beauftragt werden, um kontinuierlich Vereinfachungen und Standardisierungen voranzutreiben und damit mittelfristig zu einer Senkung von Transaktionskosten beizutragen.

Die Gesellschaft ist unter der Postanschrift

ÖPP Deutschland AG
Mauerstraße 79
10117 Berlin

sowie unter der Telefonnummer +49 (0)30 / 25 76 79 0
oder der Internetadresse www.partnerschaften-deutschland.de zu erreichen.

- 11.4 Um die haushaltsmäßigen Auswirkungen über die langen Laufzeiten der Maßnahmen transparent zu machen, werden ÖPP-Projekte des Bundes in der Übersicht X zum Bundeshaushalt einzelplanbezogen dargestellt. Die Angaben sind entsprechend dem Muster nach Anhang 7 zu erfassen und dem zuständigen BMF-Fachreferat per E-Mail zur Verfügung zu stellen.

12. Projektförderungen bei Titeln der Hauptgruppen 6 und 8

Soweit im Rahmen von Projektförderungen bei Titeln der Hauptgruppen 6 und 8 Ausgaben für Projektträger-Kosten, Gutachten und Begleitforschung, Fachtagungen und -kongresse sowie Kosten der Prüfung von Verwendungsnachweisen durch Dritte mitveranschlagt sind, ist für jeden dieser Titel zusammen mit dem Voranschlag eine Aufschlüsselung dieser Ausgaben vorzulegen.

13. Zinszuschussförderung und Auszahlung der Fördermittel

In bestimmten Förderbereichen werden Zinszuschüsse gewährt, d. h. Zinsausgaben des Fördernehmers für ein Darlehen werden anteilig finanziert. Die Auszahlung der Bundesmittel erfolgt dabei im Regelfall jeweils zu den konkreten Zinsterminen an die mit der bankenmäßigen Abwicklung des Förderprogramms beauftragte Bank (pro-rata-temporis). Sollen die Zinszuschüsse ausnahmsweise für eine Maßnahme in einer Summe kapitalisiert an den mit der bankenmäßigen Abwicklung beauftragten Treuhänder (§ 44 Abs. 2 BHO) ausgezahlt werden (Barwert), ist bei den entsprechenden Titeln nachfolgender Haushaltsvermerk auszubringen:

„Zinszuschüsse dürfen bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit auch kapitalisiert an den mit der bankenmäßigen Abwicklung beauftragten Treuhänder (§ 44 Abs. 2 BHO) ausgezahlt werden.“

14. Auf die ODA-Quote anrechenbare Maßnahmen

Sofern Ausgaben für Maßnahmen veranschlagt werden sollen, die zur Anmeldung beim BMZ als ODA (Official Development Assistance) vorgesehen sind, sind die entsprechenden Beträge in einer den haushaltsbegründenden Unterlagen beizufügenden tabellarischen Übersicht entsprechend dem Muster nach **Anhang 8** gesondert zu erfassen. Einzelheiten über die auf die ODA-Quote anrechenbaren Ausgaben enthalten die vom BMZ bzw. vom Statistischen Bundesamt an alle Ressorts versandten jährlichen Aufforderungen, die im vergangenen Haushaltsjahr erbrachten Leistungen zur Entwicklungszusammenarbeit zu melden.

15. Projekt „Auf- und Ausbau von Kompetenz- und Dienstleistungszentren des Bundes“

Für die Kompetenz- und Dienstleistungszentren des Bundes (DLZ und DLZ-IT) gelten die mit dem BMF-Rundschreiben vom 29. März 2011- II A 4 -H 1100/08/10033; DOK: 2011/0184427 - für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 bekannt gegebenen Verfahrenshinweise für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2013 entsprechend weiter (siehe unter: www.intranet.bund.de > Haushalt > IVBB-Intranetseite [auf den dortigen Link klicken] > Bundeshaushalt 2012 > 1. Haushaltsaufstellung).

16. Einheitliches Liegenschaftsmanagement (ELM)

16.1 Übergang von Bestandsliegenschaften auf die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt)

Seit 1. Januar 2005 verwaltet die Bundesanstalt im Rahmen des ELM die Dienstliegenschaften. Hierzu schließt sie schriftliche Vereinbarungen über den Eigentumsübergang mit den abgebenden Ressorts. Soweit diese bis zum 31. Dezember 2011 nicht zustande gekommen sind, ist das Eigentum an den Dienstliegenschaften am 1. Januar 2012 gesetzlich auf die Bundesanstalt übergegangen.

Dem ELM unterfallen auch Dienstliegenschaften, die im Eigentum eines Dritten stehen und von diesem angemietet oder aufgrund anderer Rechtsvorschriften zur Nutzung überlassen worden sind. Hier tritt die Bundesanstalt durch Vereinbarung mit dem Dritten in den bereits bestehenden Miet- oder Überlassungsvertrag als Mieterin ein und untervermietet die Liegenschaft weiter an den Nutzer. Alle neuen Miet- oder Überlassungsverträge mit Dritten werden gleichfalls durch die Bundesanstalt geschlossen, die die von ihr angemieteten Objekte wiederum durch Untermietverträge dem Nutzer überlässt.

Die durch die Nutzer insgesamt zu entrichtenden ELM-Mieten werden im Eckwertebeschluss berücksichtigt.

16.2 Veranschlagung neuer Baumaßnahmen

Neue Unterbringungsfälle für Dienststellen des Bundes im Inland sind im Rahmen des ELM abzuwickeln. Dies gilt unabhängig davon, ob ein Nutzer seine Liegenschaften bereits in das ELM überführt hat oder nicht. Die hierzu erforderliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nach § 7 BHO zu den verschiedenen Unterbringungsvarianten (anstaltseigene Liegenschaft, anzumietende Drittliegenschaft, über den Epl. 60 darlehensfinanzierte Baumaßnahme, ÖPP-Projekt, Kauf) führt die Bundesanstalt durch. Für große Unterbringungsmaßnahmen hat sie parallel das zuständige BMF-Fachreferat über das eingeleitete Erkundungsverfahren zu informieren. Die abschließende Entscheidung über die zum Zuge kommende Unterbringungsvariante trifft das nutzende Ressort und führt in Abstimmung mit den zuständigen BMF-Fachreferaten die Etatreife herbei.

Sowohl bei darlehensfinanzierten großen Baumaßnahmen im Eigenbau der Bundesanstalt als auch bei durch die Bundesanstalt abzuwickelnden ÖPP-Projekten ist sicher zu stellen, dass die Mietveranschlagung im Nutzerhaushalt (Tit. 518 .2) zusammen mit der Darlehensveranschlagung für den Eigenbau oder einer ggf. erforderlichen Anschubfinanzierung (ÖPP-Variante) erfolgt. Der als **Anhang 9** beigefügte Ablaufplan ist dabei zu beachten.

Zwingende Grundlage der Darlehensveranschlagung für eine Baumaßnahme in Kapitel 6004 ist die Ausbringung einer entsprechenden Verpflichtungsermächtigung für

die zwischen der Bundesanstalt und dem zukünftigen Nutzer zu schließende Infrastrukturvereinbarung bei Titel 518.2 im Nutzerhaushalt. Dabei ist zu beachten, dass Baukosten sämtliche in die Mietermittlung durch die Bundesanstalt einfließenden Baunebenkosten umfassen; d. h. insbesondere auch die Verwaltungskostenerstattungen an die Bauverwaltungen, die an den Einzelplan 12 abzuführen sind.

16.3 Beendigung der unentgeltlichen/ermäßigten Nutzung von Bundesliegenschaften durch Dritte

Die Grundstücksnutzung zu marktunüblichen Konditionen (unentgeltlich/ermäßigt) durch Dritte (Zuwendungsempfänger, sonstige Nutzer) ist grundsätzlich zu beenden, sofern keine zwingenden Gründe der Umstellung der Grundstücksnutzung auf Mietvertragsbasis entgegenstehen. Soweit zum gegenwärtigen Zeitpunkt Finanzierungsabkommen mit Dritten (insbes. Bundesländer, internationale Organisationen) die Grundstücksnutzung zu marktunüblichen Konditionen vorsehen, sind mit diesen Dritten Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, gegenwärtig noch einer Umstellung der Grundstücksnutzung auf Mietvertragsbasis entgegenstehende Finanzierungsabkommen abzuändern. Sofern aus zwingenden Gründen keine Verhandlungen mit dem Ziel der Umstellung der unentgeltlichen Grundstücksnutzung auf Mietvertragsbasis aufgenommen werden sollen, ist dies detailliert zu begründen.

17. Beiträge bzw. Zuschüsse an Organisationen, Vereine und Verbände, insbesondere Leistungen des Bundes an internationale und supranationale Organisationen/ Zahlungen in fremder Währung

Beiträge bzw. Zuschüsse an Organisationen, Vereine und Verbände, insbesondere Leistungen des Bundes an internationale und supranationale Organisationen sind hinsichtlich ihrer fortdauernden Berechtigung kritisch zu hinterfragen. Mitgliedschaften oder Zuschüsse, deren Zweck mittlerweile als überholt anzusehen ist, sind zu kündigen.

Für Zahlungen in fremder Währung gilt Nr. 4.10 HRB. Danach sind als Aufstellungskurse die Wechselkurse der EZB sowie der Referenzwert für die Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds am 30. Dezember 2011 zu berücksichtigen. Anfang Januar 2012 wird eine entsprechende Wechselkursübersicht im Intranet Bund bekannt gegeben (ebenfalls unter www.intranet.bund.de >Haushalt > IVBB-Intranetseite: *[auf den dortigen Link klicken]* > Bundeshaushalt 2013 - 1. Haushaltsaufstellung).

Sollte es aufgrund der weiteren Kursentwicklung notwendig werden, einen anderen Stichtag zur Berechnung heranzuziehen, erfolgt eine gesonderte Bekanntgabe der danach anzuwendenden Kurse.

18. Dokumentation der Sonderabgaben

Die Dokumentation der Sonderabgaben (Bundeshaushalt 2012, Übersicht VI) ist fortzuschreiben; neue Abgaben sind zu ergänzen. Im Übrigen wird auf Anhang 10 verwiesen.

19. Dokumentation der Ausgabereise für das parlamentarische Verfahren

Den Abgeordneten des Deutschen Bundestages ist in dem folgenden parlamentarischen Verfahren wie in den Vorjahren Gelegenheit zu geben, die Ausgabereiseentwicklung im flexibilisierten und im nicht flexibilisierten Bereich im Zusammenhang mit den jeweiligen Neubewilligungen zu bewerten. Dazu sind den Berichterstattern wie bisher rechtzeitig vor den Berichterstattergesprächen von den Ressorts Übersichten zu den wesentlichen Ausgabereisen als Beratungsunterlagen zur Verfügung zu stellen

20. Personalhaushalt

- 20.1 Die Verhandlungen zum Personalhaushalt werden - anders als in den Vorjahren - auf Referatsleiterebene abgeschlossen. Die Referatsleiter der Fachreferate im BMF werden dazu mit entsprechenden Verhandlungsmandaten ausgestattet. Damit die Verhandlungen zügig und konstruktiv auf Referatsleiterebene beendet werden können, ist eine entsprechende Bevollmächtigung der Ressortvertreter erforderlich.

Zur Vorbereitung der Verhandlungen und der Festlegung des Umfangs der Verhandlungsvollmachten für die Einzelpläne ist es außerdem notwendig, dass die Anmeldungen zum Personalhaushalt drei Wochen vor den Voranschlägen zum Sachhaushalt im BMF eingehen (derzeitige Terminplanung: 2. April 2012). So wird sichergestellt, dass der angemeldete Bedarf im Gesamtkontext berücksichtigt werden kann.

- 20.2 Ansonsten gelten die bekannten Grundsätze fort:

- Die Planstellen-/Stellenausstattung ist unter Anwendung angemessener Methoden einer eingehenden Bedarfsprüfung zu unterziehen. Alle Möglichkeiten zu gezielten Planstellen-/ Stelleneinsparungen insbesondere durch Rationalisierungsmaßnahmen sind auszuschöpfen; falls möglich, sind entsprechende kw-Vermerke auszubringen. Mehrbedarf an Planstellen/Stellen ist grundsätzlich durch Umsetzung im Einzelplan auszugleichen.
- Sollte die Ausbringung zusätzlicher Planstellen/Stellen unabweisbar sein, so ist der Mehrbedarf grundsätzlich durch anderweitige Stelleneinsparungen in finanziell gleichwertigem Umfang auszugleichen. Entsprechendes gilt bei Hebungen von Planstellen und Stellen. Eine Ausnahme davon ist in besonders begründeten Einzelfällen möglich, soweit Stellen auf Dauer einnahmefinanziert sind oder aber Stellen für die Übernahme von Überhangpersonal des BMVg beantragt werden.

- Die geltenden Obergrenzen dürfen nicht überschritten werden. Ein entsprechender Nachweis ist den BMF-Fachreferaten rechtzeitig vor Beginn der Personalverhandlungen zu übersenden.

- 20.3 Für den Kostenvergleich sind die Angaben in Spalte 5 der jeweils gültigen, vom BMF herausgegebenen Personalkostensätze, die dem Internetangebot des BMF zu entnehmen sind, zu Grunde zu legen. Die aktuellen Personalkostensätze wurden mit BMF-Rundschreiben vom 9. Mai 2011 - II A 3 - H 1012 - 10/07/0001 :004 (DOK 2011/0073062) veröffentlicht. Bei dem Kostenvergleich können Planstellen, die aus anderen Gründen entfallen, und Planstellen mit kw-Vermerk nicht berücksichtigt werden. Für neue höherwertige Planstellen ist eine entsprechende Dienstpostenbewertung vorzulegen. Die vorstehende Regelung gilt für Stellen entsprechend.
- 20.4 Stellenplanveränderungen, die auf der Grundlage der haushaltsgesetzlichen Regelungen zur Stellenplanflexibilisierung (§ 13 Abs. 1 Satz 3 HG) vorgenommen worden sind und auf Dauer beibehalten werden sollen, sind in die Ressortanmeldungen zum Personalhaushalt aufzunehmen.
- 20.5 Die bisherige pauschale Stelleneinsparung wird hinsichtlich ihrer Belastungswirkung überprüft; über das Ergebnis wird dann ergänzend informiert.
- 20.6 Die dauerhafte Inanspruchnahme von Planstellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist mit § 17 Abs. 5 BHO nicht vereinbar. Soweit auf Planstellen länger als zwei Jahre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geführt werden, sind diese gemäß VV Nr. 2.4 zu § 49 BHO im Rahmen der Haushaltsaufstellung in Stellen umzuwandeln.
- 20.7 Zur Vorbereitung der Haushaltsgespräche sind die Personalanmeldungen zusammenfassend ausschließlich mit dem als **Anhang 11** beigefügten Formblatt vorzunehmen und dem zuständigen BMF-Fachreferat per E-Mail zur Verfügung zu stellen.
- 21. Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger und entsprechend geförderte Einrichtungen**
- 21.1 Eine Ausweitung der Zahl der Zuwendungsempfänger kommt nicht in Betracht. Die Aufnahme eines neuen Zuwendungsempfängers in die institutionelle Förderung ist durch das Ausscheiden eines anderen Zuwendungsempfängers in einem finanziell gleichwertigen Umfang auszugleichen (sog. Omnibusprinzip).
- 21.2 Bei den Zuwendungsempfängern sind im Regierungsentwurf 2013 die Stelleneinsparungen 2012 bei der unmittelbaren Bundesverwaltung nach Maßgabe der Vorgaben in **Anhang 12** nachzuvollziehen.

Rechtzeitig vor den Personalverhandlungen ist den Fachreferaten BMF ein Konzept für eine

möglichst kegelgerechte Reduzierung der Stellen für Dauerpersonal der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger vorzulegen. Dabei ist vorzugsweise ein Wegfall der Stellen, hilfsweise die Ausbringung von Vermerken „kw“ oder ausnahmsweise auch „kw 31.12.2012“ vorzusehen.

- 21.3 Im Übrigen gilt für den Personalhaushalt die Ziffer 20 entsprechend.
- 21.4 Für die Zuschüsse des Bundes zu den Personalausgaben der vom Bund allein und der vom Bund und den Ländern gemeinsam geförderten Zuwendungsempfänger sowie für die Zuschüsse zu den Personalausgaben bei der Erstattung von Verwaltungskosten sind die Ziffer 6 entsprechend mit der Maßgabe anzuwenden, dass ein eventueller Ausgabenmehrbedarf innerhalb der Finanzplanansätze aufzufangen ist.
- 21.5 Bei den Zuweisungen des Bundes an die Länder für die Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL, ehemals Forschungseinrichtungen der Blauen Liste) sind die je Einzelplan für die Zuweisungen zur Verfügung stehenden Mittel von den betroffenen Ressorts vor den Bedarfsverhandlungen mit dem Bundesministerium der Finanzen abzustimmen.
- 21.6 Die Veranschlagungsgrundsätze nach Ziffer 8 für die Beschaffung von nicht personengebundenen Dienstkraftfahrzeugen (**Anhänge 3 und 4**) und von Geschäftszimmerausstattungen (**Anhang 5**) sind für den Bereich der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger sinngemäß anzuwenden.
- 21.7 Bei Zuwendungen zur institutionellen Förderung und zur Projektförderung sind die Richtlinien für den Einsatz der Informationstechnik in der Bundesverwaltung (IT-Richtlinien) vom 18. Dezember 1988 (GMBI 1988 S. 469) entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, dass
- bei Ausgaben für IT von jährlich mehr als 500 TEUR ein IT-Rahmenkonzept zu erstellen ist und haushaltsbegründende Unterlagen gemäß Ziffer 9 zu übersenden sind,
 - das IT-Rahmenkonzept vom zuständigen Ressort zu prüfen ist.

22. Sondervermögen „Energie- und Klimafonds (EKF)“

Für die Aufstellung des Wirtschafts- und Finanzplans des EKF im Top-Down-Verfahren folgt noch ein gesondertes Rundschreiben. Zur Festlegung der Eckwerte für den Bundeshaushalt 2013 wird bereits jetzt auf Folgendes hingewiesen:

Nach § 2 Absatz 2 EKFG sollen die Programmausgaben des Sondervermögens EKF zusätzlich zu den bereits im Bundeshaushalt oder in der Finanzplanung des Bundes berücksichtigten Ausgaben ausgebracht werden. Aus dem Sondervermögen können insofern Maßnahmen nicht finanziert werden, soweit deren Finanzierung bereits im Bundeshaushalt und in der Finanzplanung des Bundes veranschlagt ist.

Programmausgaben, die bisher im Bundeshaushalt veranschlagt wurden und alternativ im EKF ausgebracht werden, dürfen nicht zur Gegenfinanzierung anderer Maßnahmen im Bundeshaushalt herangezogen werden.

23. Technische Hinweise

- 23.1 Der sog. „Gelbdruck“ wird im Anschluss an die Veröffentlichung dieses Rundschreibens vom BMF erstellt und durch die jeweiligen BMF-Fachreferate an die Ressorts übersandt. Im Gelbdruck sind lediglich Änderungen vorzunehmen, die nicht das Dispositiv betreffen; d. h. lediglich

- a) Vorwort/Vorbemerkungen
- b) Titelerläuterungen und
- c) Wirtschaftspläne und andere Übersichten/Anlagen

können geändert werden. Die genannten Änderungen sind in dem übersandten Exemplar von Hand einzuarbeiten. Alternativ kann auch ressortseitig ein neues Druckstück, in dem die Änderungen deutlich gekennzeichnet sind, produziert und dem BMF übersandt werden.

Um den Ressorts im Anschluss die Erfassung der Voranschläge auf der dem „Gelbdruck“ entsprechenden Datenbasis zu ermöglichen, werden die BMF-Fachreferate den Ressorts den geänderten Datenbestand im Wege des elektronischen Postauswechs zur Verfügung stellen.

- 23.2 Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass in jeder Phase des Aufstellungsverfahrens die Möglichkeit besteht, selbstständig ein Druckstück (in Form eines Korrektorexemplars) über das Auswertungssystem „Haushalt@Web“ zu erstellen. Das Auswertungssystem finden Sie im Portal der Haushaltsabteilung des BMF unter > Fachverfahren > Haushalt und Finanzplan.
- 23.3 Die Voranschläge zum Haushaltsentwurf 2013 und für die Finanzplanjahre 2014 bis 2016 sind im Dialog (Service-Funktion „Datenaustausch“/Hauptmenü W) oder durch Austausch von Datenträgern zu übermitteln. Die aktuelle Schnittstellenbeschreibung kann im Portal der Haushaltsabteilung (<http://bmfiportal.zivit.iv.bfinv.de>), dort im „Informationszentrum“ unter „Technisches“ herunter geladen werden.

Bei ressortseitig eingesetzten DV-Verfahren muss die Richtigkeit der Datenstruktur/Kompatibilität zur Haushaltsdatenbank des BMF sichergestellt sein. Darüber hinaus müssen die elektronisch übermittelten Haushaltsdaten mit den papiermäßigen Voranschlägen übereinstimmen.

In die Voranschläge sind dabei neben den Titeldressen und den Ansätzen im Finanzplanungszeitraum

- Verpflichtungsermächtigungen (VE) sowie
- die Beträge (bzw. Teilbeträge) für Bildung (BIL),
- die Beträge (bzw. Teilbeträge) für die Finanzhilfen (FH) und
- die Beträge (bzw. Teilbeträge) für Forschung und Entwicklung (FUE)

aufzunehmen.

23.4 Die Anzahl der einzureichenden Haushaltsvoranschläge und der Voranschläge zum Finanzplan wird gesondert mitgeteilt.

Dem Bundesrechnungshof (BRH) sind je ein Abdruck der Haushaltsvoranschläge und der Voranschläge zum Finanzplan zuzuleiten. Unterlagen, die in elektronischer Form vorliegen, sind hierbei nicht gesondert auszudrucken, sondern können dem BRH in elektronischer Form (per E-Mail oder auf Datenträger) übersandt werden.

24. Darstellung der EU-Mittel

Hinsichtlich der Darstellung der EU-Mittel im Bundeshaushalt entsprechend dem Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 10. Juni 2011 (TOP 9) wird auf das BMF-Rundschreiben an die Obersten Bundesbehörden vom 31. August 2011 - II A 1 - H 3045/10/10038; DOK: 2011/0689806 - Bezug genommen.

25. Anwendung des geänderten Funktionenplans

Bei der Haushaltsaufstellung ist der Funktionenplan in der überarbeiteten Fassung vom 29. November 2010 anzuwenden. Die näheren Einzelheiten sind dem - im Gemeinsamen Ministerialblatt vom 13. Oktober 2011 (Nummer 33734), Seite 625, sowie in der Elektronischen Vorschriftensammlung der Bundesfinanzverwaltung in den E-VSF-Nachrichten vom 3. November 2011, N 582011 Nr. 23 veröffentlichten - BMF-Rundschreiben an die Obersten Bundesbehörden vom 25. August 2011 - II A 3 - H 1103/08/10001; DOK: 2011/0665204 - zu entnehmen.

BMF wird dafür Sorge tragen, dass die sich daraus ergebenden Änderungen weitestgehend automatisiert umgesetzt werden. Die Einzelheiten des technischen Umstellungsverfahrens und den dazu noch notwendigen Prüf- und Anpassungsbedarf teilen die BMF-Haushaltsreferate den Ressort-Haushaltsreferaten zu gegebener Zeit gesondert mit.

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

(DOK: 2011/09011843)

Anhang 1

zu BMF - II A 1 - H 1105/11/10002 :001
DOK: 2011/0831738

Veranschlagung von Gebühreneinnahmen

Kapitel / Titel	Zweckbestimmung	Soll 2013				Soll 2012		Ist 2011
		- in T € -						
	<u>hiervon anteilig:</u>							
	Rechtsgrundlage (i. d. R. Gebühren VO)	Gebührenregelung zuletzt geändert	Änderung geplant (ja/nein)	Kosten- deckungsgrad *)				

*) Angabe des Kostendeckungsgrades bezogen auf die einzelnen Gebühren-/ Entgeltvorschriften. Soweit noch keine entsprechenden Daten der Kosten-/ Leistungsrechnung vorliegen, sind qualifizierte Schätzungen vorzunehmen.

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

A. Ansätze 2013
(Tabellenblatt 1)

- 1 -

(DOK: 2011/0913824)
Anhang 2
zu BMF - II A 1 H 1105/11/10002 :001
DOK: 0831738

Titel	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Empfängerzu- oder -abgang 2012 (Saldo Veränderung; aus Spalte 11 Tabellenblatt 3 „Empfängerentwicklung“)		Besoldungs- erhöhung/ Kostenstei- gerung Beihilfe 2012		Basis (voraus. Ist 2012) (Sp. 4+6+7)		Empfängerzu- oder -abgang 2013 (Saldo Veränderung; aus Spalte 17 Tabellenblatt 3 „Empfängerentwicklung“)		Besoldungs- erhöhung/ Kostenstei- gerung Beihilfe 2013		rechn. Soll 2013 (Sp. 8+10+11)		geltender Finanzplan 2013		Ressortan- forderung 2013	
	in T €	in T €	in T €	in %	in T €	in T €	in T €	in T €	in %	in T €	in T €	in T €	in T €	in T €	in T €	in T €	in T €	in T €	in T €
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14						
431 57					0	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Versorgungsbezüge Amtsträger																			
432 57					0	0	0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Versorgungsbezüge																			
434 57							0		0										
Versorgungsrücklage																			
443 57					0	0	0		0					0	0				
Fürsorgeleistungen																			
446 57					0	0	0		0					0	0				
Beihilfe																			
453 57					0	0	0		0					0	0				
Trennungsgeld																			
632 57					0	0	0		0					0	0				
Abfindungen/Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten																			
Summe	0	0	0		0	0	0		0			0	0	0	0	0	0	0	0

Hinweise:

Spalte 5 und 9: Hinweise siehe Tabellenblatt 3 („Empfängerentwicklung“).

Spalte 7 und 11: Es ist zunächst keine Besoldungserhöhung zu unterstellen (siehe unter D. Hinweise). Bei der Beihilfe ist von einer Kostensteigerung von 4 % auszugehen.

Mit Formeln hinterlegte Zellen sind hellgrün unterlegt. Faktoren können über nachfolgende Tabelle zentral geändert werden:

Faktor Besoldungserhöhung 2012:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2012:	0,04
Faktor Besoldungserhöhung 2013:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2013:	0,04
Faktor Versorgungsrücklage (ggf. zu aktualisieren):	0,027829554

B. Finanzplan 2014 - 2016
(Tabellenblatt 2)

- 2 -

	Soll 2013	Empfängerzu- oder -abgang 2014 (Saldo Veränderung; aus Spalte 23 Tabellenblatt 3 „Empfängerentwick- lung“)		Besoldungs- erhöhung/ Kostenstei- gerung Beihilfe 2014	rechn. Soll 2014 (Sp. 4+6+7)	geltender Finanzplan 2014	Ressort- anforderung 2014	Empfängerzu- oder -abgang 2015 (Saldo Veränderung; aus Spalte 29 Tabellenblatt 3 „Empfängerentwick- lung“)		Besoldungs- erhöhung/ Kostenstei- gerung Beihilfe 2015	rechn. Soll 2015 (Sp. 8+10+11)	geltender Finanzplan 2015	Ressortan- forderung 2015	Empfängerzu- oder -abgang 2016 (Saldo Veränderung; aus Spalte 35 Blatt „Empfängerentwick- lung“)		Besoldungs- erhöhung/ Kostenstei- gerung Beihilfe 2016	rechn. Soll 2016 (Sp.12+16+17)	geltender Finanzplan 2016	Ressortan- forderung 2016
Titel	in T€ 2	in % 3	in T€ 4	in T€ 5	in T€ 6	7	8	in % 9	in T€ (Sp. 8 x Sp. 9)	in T€ 11	in T€ 12	in T€ 13	in T€ 14	in % 15	in T€ (Sp. 8 x Sp. 9)	in T€ 17	in T€ 18	in T€ 19	in T€ 20
431 57			0	0	0				0	0	0				0	0	0		
Versorgungsbezüge Amtsträger																			
432 57			0	0	0				0	0	0				0	0	0		
Versorgungsbezüge																			
434 57					0						0						0		
Versorgungsrücklage																			
443 57			0		0				0		0				0		0		
Fürsorgeleistungen																			
446 57			0	0	0				0	0	0				0	0	0		
Beihilfe																			
453 57			0		0				0		0				0		0		
Trennungsgeld																			
632 57			0		0				0		0				0		0		
Abfindungen/Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten																			
Summe	0		0	0	0	0	0		0	0	0	0	0		0	0	0	0	0

Hinweise:

Spalte 3,9 und 15: Hinweise siehe Tabellenblatt 3 („Empfängerentwicklung“)

Spalte 5,11 und 17: Es ist keine Besoldungserhöhung zu unterstellen. Bei der Beihilfe ist von einer Kostensteigerung von 4 % auszugehen

Mit Formeln hinter hellgrün hinterlegt. Faktoren können über nachfolgende Tabelle zentral geändert werden:

Faktor Besoldungserhöhung 2014:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2014:	0,04
Faktor Besoldungserhöhung 2015:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2015:	0,04
Faktor Besoldungserhöhung 2016:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2016:	0,04
Faktor Versorgungsrücklage 2014-2016 (ggf. zu aktualisieren):	0,02782955

C. Empfängerentwicklung
(Tabellenblatt 3)

- 3 -

							2012 (Zwischenschritt)					2013					
							Ressort- meldung nur Zugänge 2012 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut)	"Saldo" errechnete Veränderung 2012 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderung 2012 in %	rechnerischer Bestand 1.1.2013	Ressort- meldung nur Zugänge 2013 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut) gem. "Bestands- abgangs- quote"	"Saldo" errechnete Veränderung 2013 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderung 2013 in %
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Ruhegehalts- empfänger sowie Witwen und Waisen																	
		Bestand 1.1.2010	Bestand 1.1.2011	Veränderung 2010 auf 2011 in %	Bestand 1.1.2012	Veränderung ggü. 2011 in %											
	95	98	3.16	101	3.06	5	4.95	2	2.95	2.95	2.95	104	6	5.77	2	3.77	3.77

Fortsetzung

	2014										2015										2016									
	Ressort- meldung nur Zugänge 2014 (absolut)	Empfänger- abgänge (absolut)		ggf. manuell korrigierte Veränderung 2014 in %	"Saldo" errechnete Veränderung 2014 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderung 2014 in %	rechne- rischer Bestand 1.1.2014	Ressort- meldung nur Zugänge 2015 (absolut)	Empfänger- abgänge (absolut)		ggf. manuell korrigierte Veränderung 2015 in %	"Saldo" errechnete Veränderung 2015 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderung 2015 in %	rechne- rischer Bestand 1.1.2016	Ressort- meldung nur Zugänge 2016 (absolut)	Empfänger- abgänge (absolut)		ggf. manuell korrigierte Veränderung 2016 in %	"Saldo" errechnete Veränderung 2016 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderung 2016 in %										
1	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35												
Ruhegehalts- empfänger sowie Witwen und Waisen	108	8	7,41	2	5,41	5,41	114	6	5,28	2	3,28	3,28	117	5	4,26	2	2,26	2,26												

Mit Formeln hinterlegte Zellen sind hellgrün hinterlegt.

Zum besseren Verständnis sind die Spalten Bestand und Ressortmeldung (Spalten 2, 3, 5, 7, 13, 19, 25, 31) mit fiktiven Werten ausgefüllt.

Die Anzahl der Versorgungsempfänger zum 1. Januar 2012 (Spalte 5) wird durch das Stat. Bundesamt Anfang April herausgegeben.

Die Spalte „rechnerischer Bestand“ greift auf die vorherige Spalte „ggf. manuell korrigierte Veränderung in %“ zu.

Bei der „Bestandsabgangsquote“ von 2 % handelt es sich um einen Durchschnittswert.

Faktor „Bestandsabgangsquote“: **0.02**

Anhang 2

zu BMF - II A - H 1105/11/10002 :001
DOK: 2011/0831738

D. Hinweise zur Tabelle

- Tit. 431 57 und 432 57 (Versorgungsbezüge):
Die Herleitung erfolgt auf der Grundlage des Ist-Ergebnisses 2011 unter Berücksichtigung der Veränderung der Empfängerzahl. Das Ergebnis der Tarif- und Besoldungsrunde 2012 bleibt unberücksichtigt.
- Tit. 434 57 (Versorgungsrücklage):
Die Herleitung erfolgt auf der Grundlage des rechnerischen Solls 2013 der Versorgungsbezüge (Tit. 431 57 und 432 57) multipliziert mit dem vom BMI bekannt gegebenen aktuellen Berechnungsfaktor für die Zuführung an die Versorgungsrücklage.
- Tit. 446 57 (Beihilfe):
Die Herleitung erfolgt auf der Grundlage des Ist-Ergebnisses 2011 unter Berücksichtigung der Veränderung der Empfängerzahl und einer Kostensteigerung von 4 % p.a.
- Tit. 443 57 (Fürsorgeleistungen), 453 57 (Trennungsgeld), 632 57 (Abfindungen und Erstattungen des Bundes an Dritte für Versorgungslasten):
Die Herleitung erfolgt unter Berücksichtigung der Ist-Ausgaben der Vorjahre.

Die Anzahl der Versorgungsempfänger zum 1. Januar 2011 und 1. Januar 2012 wird - voraussichtlich Anfang April 2012 - vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt.

Ausgaben für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen

(Nr. 12.2.2 HRB)

Beschaffungen (Kauf, Miete, Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen (DKfz) sind nur zulässig, wenn hierfür ein dringendes dienstliches Bedürfnis besteht. Vor Ersatzbeschaffungen ist zunächst zu prüfen, ob auf das auszusondernde Fahrzeug ersatzlos verzichtet werden kann oder ob ein kleineres oder schwächeres Fahrzeug ausreicht und wirtschaftlicher ist.

Für die Bundesverwaltung sind schadstoffarme Kraftfahrzeuge mit möglichst geringem Treibstoffverbrauch sowie einer überdurchschnittlich guten CO₂-Effizienzklasse gemäß Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung zu beschaffen, deren Motoren mindestens der Abgasnorm **EURO 5** entsprechen.

Mit dem Regierungsprogramm „Elektromobilität“ wurden u. a. auch die Fahrzeugflotten der Bundesressorts als ein geeignetes Einsatzfeld von Elektrofahrzeugen (e-DKfz) identifiziert. Daher sollen die Bundesressorts mit ihren nachgeordneten Bereichen die Einführung von Elektrofahrzeugen am Markt mit entsprechenden Beschaffungsmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung begleiten. Angestrebter Zielwert für 2013 ist die Beschaffung von zehn Prozent der Neufahrzeuge, die weniger als 50 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen.

A. Handelsübliche Dienstkraftfahrzeuge

1. Personengebundene DKfz

- 1.1. Personengebundene DKfz stehen in der Bundesverwaltung nur den in §§ 14 und 21 der Richtlinie für die Nutzung von DKfz in der Bundesverwaltung (DKfz-R) vom 29. Juni 1993 (GMBL 1993, 398) in der Fassung vom 16. Oktober 1997 (GMBL 1997, S. 738) genannten Personen zur Verfügung.
- 1.2. Zugelassen ist nur die Beschaffung von Kraftfahrzeugen, die serienmäßig hergestellt werden. „Langversionen“ bleiben grundsätzlich den Bundesministerinnen und Bundesministern vorbehalten.

- 1.3. Es gelten folgende Preisgrenzen (einschließlich Standheizung, ohne ggf. funktechnische Ausstattung und Sondersignalanlage):

- | | |
|--|---------------------|
| a) Bundesministerinnen/Bundesminister | bis 49.900 € |
| b) Staatsministerinnen/Staatsminister | bis 41.900 € |
| Parl. Staatssekretärinnen/Staatssekretäre | |
| Beamtinnen und Beamte der Bes.-Gr. B 11 und | |
| gleichgestellte Personen | |
| c) Beamtinnen und Beamte der Bes.-Gr. B 10 und | bis 28.500 € |
| B 9 (sowie R 10 und R 9) | |

2. Nicht personengebundene DKfz

Grundsätzlich sollen nur Kraftfahrzeuge bis zu einer Leistung von 150 kW angeschafft werden. Eine Überschreitung dieser Obergrenze ist im Einzelfall allgemein zugelassen, wenn hierdurch der Erwerb eines wirtschaftlicheren Fahrzeuges oder eines Fahrzeuges mit geringerem Treibstoffverbrauch bzw. geringeren Schadstoffemissionen ermöglicht werden kann.

Für die Beschaffung von handelsüblichen DKfz dürfen nicht mehr als die in **Anhang 4** dargestellten Preisobergrenzen veranschlagt werden.

Die Preisobergrenzen dürfen lediglich um die Kosten für den Einbau einer Standheizung um bis zu 1.500 € überschritten werden, wenn das DKfz von einer Berufskraftfahrerin/einem Berufskraftfahrer gefahren wird und der Einbau einer Standheizung dienstlich notwendig ist.

Die Dienststellen ermitteln ihre jeweiligen Mobilitäts- und Transportbedürfnisse und decken diese durch ein bestimmtes - in Größe und Leistung dem sachlichen Bedürfnis entsprechenden - Fahrzeugsegment.

Bei bestehenden Fahrbereitschaften ist zu prüfen, ob aufgrund der Fahrbedürfnisse anstelle der eingesetzten Personenkraftwagen der Einsatz von Transportern (in der Regel Fahrzeuge mit 8 Sitzen + Fahrer) wirtschaftlicher ist.

3. Veranschlagungsbeträge für DKfz (Nr. 12.2.2 HRB)

Die in **Anhang 4** genannten Preisobergrenzen schließen die Mehrwertsteuer, Überführungskosten, sowie eine angemessene weitergehende Ausstattung ein. Darüber hinaus dürfen keine weiteren Ausgaben für Sonderausstattungen veranschlagt werden. Die festgelegten Preisobergrenzen in den jeweiligen Fahrzeugsegmenten, dienen zur Ermittlung des zu veranschlagenden Ausgabebedarfs. Sie umfassen zusätzlich eine angemessene Komfort- und Sicherheitsausstattung, soweit diese nicht bereits serienmäßig vorhanden ist. Die Beschaffung anderer als in der Veranschlagungspreisliste beispielhaft aufgeführter Fahrzeuge ist möglich.

Bei den in **Anhang 4** dargestellten Fahrzeugsegmenten handelt es sich um „handelsübliche Standardfahrzeuge“. Diese werden durch die - für die ressortübergreifende Beschaffung von handelsüblichen Dienstkraftfahrzeugen - zuständige Zentrale Beschaffungsstelle (ZBSt) - der Bundesfinanzdirektion Südwest - im Online-Katalog des „Kaufhaus des Bundes (KdB)“ vorkonfiguriert zum Abruf zur Verfügung gestellt. Die dort abgebildeten Konfigurationsmöglichkeiten erlauben die Bedarfsdeckung nahezu aller dienstlichen Mobilitätsbedürfnisse.

Die Veranschlagung von DKfz der lfd.-Nr. 6 von **Anhang 4** ist nur zulässig für die Beschaffung personengebundener DKfz für den unter Nr. 1.3 Bst b) genannten Personenkreis.

Für die Beschaffung von e-DKfz - mit den in **Anhang 4** beschriebenen Antriebsvarianten und Kriterien - können in bestimmten Fahrzeugsegmenten höhere Preise veranschlagt werden. Die zuständige ZBSt wird den Bedarf an e-DKfz im Rahmen einer ressortübergreifenden Bedarfsabfrage ermitteln.

B. Einsatzfahrzeuge

1. Regelungen für die Veranschlagung der Kosten für sondergeschützte DKfz

1.1 Ausgaben für die Beschaffung von sondergeschützten DKfz sind grundsätzlich zentral im Einzelplan 06 zu veranschlagen.

Der Bedarf wird zentral vom Bundeskriminalamt (BKA) ermittelt. Neuer Bedarf ist sofort nach bekanntwerden über das BMI an das BKA zu melden. Hinsichtlich Ersatzbeschaffungen sondergeschützter DKfz tritt das BKA direkt an die Bedarfsträger heran.

- 1.2. Ausgaben für Kraft- und Schmierstoffe, sowie Fernmeldegebühren für Autotelefone sondergeschützter DKfz sind in jedem Fall im jeweiligen Epl. zu veranschlagen.
- 1.3. Die Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten (Reparaturen usw.) sind
 - für sondergeschützte DKfz, die den Ressorts vom BKA zur eigenverantwortlichen Nutzung zum Schutz von Personen, die nicht unter § 5 BKA-Gesetz fallen, überlassen werden, im jeweiligen Einzelfall und
 - für sondergeschützte DKfz, die vom BKA für unter § 5 BKA-Gesetz fallende Personen eingesetzt werden (sog. BKA-Pool), im Einzelplan 06 auszubringen.

2. Regelungen für die Veranschlagung der Kosten für Einsatzfahrzeuge für Sonderdienste

Einsatzfahrzeuge für Sicherheitsbehörden können auf Grundlage einer aufgabenbezogenen Einsatzkonzeption und daraus abgeleiteter fachlicher Anforderungsprofile entwickelt und ausgestattet werden. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sind nicht in den im **Anhang 4** dargestellten Preisobergrenzen enthalten und müssen gesondert veranschlagt werden (z. B. funktechnische Ausrüstung, Sondersignalanlage).

Anhang 4

zu BMF - II A 1 - H 1105/11/10002 :001

DOK: 2011/0831738

Veranschlagungspreise für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen

lfd. Nr. der Klasse	KBA- Bezeichnung des Fahrzeug- segments	Beschreibung der Fahrzeugklasse	Motor- leistung [kW]	Preisober- grenzen inkl. MwSt [Euro]
1	Minis	<u>Personenkraftwagen</u> entsprechend Volkswagen Up, Ford Ka, Smart Fortwo oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 2-türig mit Heckklappe	bis 50	12.500 €
		<u>Personenkraftwagen mit rein elektrischem Antrieb</u> entsprechend Volkswagen e-Up, Smart electric drive, Mitsubishi iMiev, Peugeot iOn oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, mind. 120km Reichweite je Batterieladung	bis 60	23.500 €
2	Kleinwagen	<u>Personenkraftwagen</u> entsprechend Volkswagen Polo, Opel Corsa, Ford Fiesta oder Fahrzeuge gleichwertiger Art, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 70	15.500 €
3	Kompaktklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Kombi entsprechend Volkswagen Golf Variant, Opel Astra Sports Tourer, Ford Focus Turnier oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 105	20.500 €
		<u>Personenkraftwagen mit kombiniertem Antrieb aus Verbrennungs- und Elektromotor</u> entsprechend Opel Ampera, Toyota Prius, Ford C-Max oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, mind. 4 Sitzplätze, mit einer rein elektrischen Reichweite von mind. 80km je Batterieladung, CO ₂ -Ausstoß kombiniert weniger als 50 g/km	bis 120	33.500 €
4	Mittelklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Kombi entsprechend Volkswagen Passat Variant, Opel Insignia Sports Tourer, Ford Mondeo Turnier oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 105	24.500 €
5	Obere Mittelklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Limousine entsprechend Audi A6, BMW 5er, der Mercedes-Benz E-Klasse oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig, 5 Sitzplätze	bis 150	27.200 €
6	Oberklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Limousine entsprechend Audi A8, BMW 7er, der Mercedes-Benz S-Klasse oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig, mind. 4 Sitzplätze	bis 180	41.900 €
7	Geländewagen klein	<u>Personenkraftwagen</u> SUV entsprechend BMW X3, Land Rover Freelander, Mitsubishi Outlander oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, Allradantrieb, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 130	28.500 €
8	Geländewagen groß	schwerer <u>Geländewagen</u> entsprechend Land Rover Discovery, Mitsubishi Pajero, Toyota Landcruiser oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, Allradantrieb mit Getriebeuntersetzung; 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 130	33.500 €
9	Geländewagen groß	robuster <u>Geländewagen</u> entsprechend Mercedes-Benz G-Klasse, Land Rover Defender oder Fahrzeuge vergleichbarer Art; 4-türig mit Heckklappe; mind. 5 Sitzplätze; Allradantrieb mit Geländeuntersetzung; zum Ziehen von Anhängern auch unter schwierigsten Geländebedingungen; höchste Geländegängigkeit	bis 150	31.500 €

10	Geländewagen Pickup	<u>Geländewagen</u> Pickup, Doppelkabine Pritsche, entsprechend Volkswagen Amarok, Ford Ranger, Mitsubishi L200 oder Fahrzeuge vergleichbarer Art (zGG. kleiner 3 t), Allradantrieb mit Getriebeuntersetzung, 4-türig, 5 Sitzplätze	bis 130	28.500 €
11	Großraum-Van klein	<u>Personenkraftwagen</u> entsprechend Opel Zafira, Volkswagen Touran, Ford C-Max oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 7 Sitzplätze	bis 110	21.500 €
12	Großraum-Van groß	<u>Personenkraftwagen</u> entsprechend Volkswagen Sharan, Seat Alhambra, Ford Galaxy oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 7 Sitzplätze	bis 130	26.000 €
13	Utilities" klein	<u>Kleintransporter</u> entsprechend Volkswagen Caddy, Opel Combo, Renault Kangoo oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 2-türiger Kastenwagen mit Heckklappe	bis 85	16.500 €
		<u>Kleintransporter mit reinem Elektroantrieb</u> entsprechend Renault Kangoo Z.E., Volkswagen Caddy, Ford Tourneo oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 2-türiger Kastenwagen mit Heckklappe, 2 Sitzplätze, mind. 120 km Reichweite mit einer Batterieladung	bis 85	27.500 €
14	Utilities mittel	<u>Kleintransporter</u> entsprechend Volkswagen Transporter, Mercedes-Benz Vito, Ford Transit oder Fahrzeuge vergleichbarer Art (bis ca. 3 t zGG), 2 türig mit mind. 1 Schiebetür und Heckklappe, bis zu 8 Sitzplätze	bis 130	30.200 €
15	Utilities groß	<u>Transporter</u> Kastenwagen entsprechend Volkswagen Crafter, Mercedes-Benz Sprinter, Citroen Jumper oder Fahrzeuge vergleichbarer Art (mit einem zGG über 3 t), 2 türig mit mind. 1 Schiebetür und Hecktüren, bis zu 8 Sitzplätze	bis 130	40.500 €

Anhang 5

zu BMF - II A 1 - H 1105/11/10002 :001
DOK: 2011/0831738

Höchstpreise für die Ausstattung von Geschäftszimmern der Bundesbediensteten
(inkl. PC-Grundausrüstung)

Personenkreis	Höchstpreis - in € -
Bundesministerinnen/Bundesminister, Staatsministerinnen/Staatsminister, Staatssekretärinnen/Staatssekretäre und ähnliche Beamtinnen/Beamte oberhalb Bes.-Gr. B 9.	je nach Einzelfall
Leiterinnen/Leiter von Bundesoberbehörden und obersten Bundesgerichtshöfen bis zur Bes.-Gr. B 8 abwärts; Generäle, Admirale; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter der Ministerien; Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. B 9 und B 6.	7.000
Leiterinnen/Leiter und stellvertretende Leiterinnen/Leiter von Bundesoberbehörden und obersten Bundesgerichtshöfen der Bes.-Gr. B 7 bis B 5; Leiterinnen/Leiter von Mittelbehörden der Bes.-Gr. B 7 bis B 5; Unterabteilungsleiterinnen/Unterabteilungsleiter der Ministerien sowie Generäle in entsprechender Dienststellung; Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. B 3 bis A 15 bzw. E.-Gr. AT bis 15, Ständige Vertreterinnen/Vertreter in Bes.-Gr. B 6 der Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen.	6.000
Leiterinnen/Leiter und stellvertretende Leiterinnen/Leiter von Bundesoberbehörden sowie Leiterinnen/Leiter der Bundesmittelbehörden der Bes.-Gr. B 4 bis B 1; Ständige Vertreterinnen/Vertreter in Bes.-Gr. B 3 bis A 15 bzw. E.-Gr. AT bis 15 der Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter in Bes.-Gr. B 3 und A 16 bzw. E.-Gr. AT und ATB (nur bei Auslandsvertretungen, deren Leiterinnen/Leiter der Bes.-Gr. B 9 angehören).	4.500

Personenkreis	Höchstpreis - in € -
Referatsleiterinnen/Referatsleiter der Ministerien; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter der Bundesoberbehörden, soweit sie den Bes.-Gr. A 16 und höher angehören; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter der Bundesmittelbehörden; Ständige Vertreterinnen/Vertreter in Bes.-Gr. A 14 bzw. E.-Gr. 14 abwärts der Leiterinnen/ Leiter von Auslandsvertretungen; Referatsleiterinnen/Referatsleiter und Referentinnen/Referenten bei Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. A 16 und A 15 bzw. E.-Gr. AT B und 15.	3.700
Referentinnen/Referenten der Ministerien; Referatsleiterinnen/Referatsleiter der Bundesober- und -mittelbehörden; Vorsteherinnen/Vorsteher, Leiterinnen/Leiter usw. von Ortsbehörden; Referentinnen/Referenten bei Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. A 14 und A 13 h bzw. E.-Gr. 14 und 13, Kanzlerinnen/Kanzler I. Klasse und Kanzlerinnen/Kanzler als Leiterinnen/Leiter der Verwaltung.	3.300 ¹⁾
Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter und andere Bedienstete mit entsprechend zu bewertenden Aufgaben.	3.300
Bedienstete im Registratordienst und in gleich zu bewertender Tätigkeit; Bürosachbearbeiterinnen/Bürosachbearbeiter und andere Bedienstete mit entsprechen zu bewertenden Aufgaben; Schreibkräfte	2.700

¹⁾ ggf. Zuschlag für Vorsteherinnen/Vorsteher, Leiterinnen/Leiter von Ortsbehörden: 500 €

Anhang 6

zu BMF - II A 1 - H 1105/11/10002 :001

DOK: 2011/0831738

Formblatt**für IT-Maßnahmen mit einem Umfang von mehr als 10 Mio. € für das Haushaltsjahr 2013**

Kap.: _____ Tit.: _____ - IT-Haushaltsmittel

IT-Maßnahme: _____

Kurzbezeichnung: _____

Nummer gem. ITR4WEB (soweit vorhanden): _____

Haushaltsaufstellung (Soll) 2013

Wirtschaftlichkeits- und Prioritätsbetrachtungen
<input type="checkbox"/> Keine Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen durchgeführt
<input type="checkbox"/> Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen für alle Aktivitäten dieser Maßnahme durchgeführt; die jeweiligen Werte und Art der WiBe sind im IT-Rahmenkonzept dargestellt

Auswirkungen auf den	
Sachhaushalt Ansatz: _____ T€ beinhaltet: <input type="checkbox"/> laufende Kosten <input type="checkbox"/> rechtlich gebundene Mittel <input type="checkbox"/> Kosten für Ersatzbeschaffungen <input type="checkbox"/> Kosten für neue Maßnahmen	Personalhaushalt <input type="checkbox"/> einzusparende Planstellen/Stellen <input type="checkbox"/> im Rahmen der gesetzlichen Stelleneinsparungen: _____ Stellen <input type="checkbox"/> sonstige sofortige Stelleneinsparungen: _____ Stellen <input type="checkbox"/> kw-Vermerke: _____ Stellen <input type="checkbox"/> neue Planstellen/Stellen _____ Stellen

Weitere Ausgaben für diese Maßnahme in Höhe von _____ T€ sind im Kapitel _____ veranschlagt.

Erläuterungen:

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

Übersichten - Teil X**ÖPP-Projekte und privat vorfinanzierte öffentliche Baumaßnahmen**

- A. Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP)
(ÖPP-Erwerbermodell, ÖPP-Leasingmodell, ÖPP-Mietmodell, ÖPP-Inhabermodell und vergleichbare Modelle sowie sonstige ÖPP-Projekte von erheblicher finanzieller Bedeutung)
- B. Private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen
(Leasing, Ratenkauf, Mietkauf und vergleichbare Modelle)

Epl. Kap. Titel	Maßnahme	Gesamt- ausgaben (Sp. 4-7)	Finanzierungsverlauf				Laufzeit (Vertrags- ende /Jahr)	Kaufpreis bei Vertrags- ende (Option)
			Veraus- gabt bis 2011	Soll 2012	Veran- schlagt 2013	Folgejahre (insge- samt) 2014 ff.		
			Mio. €					Mio. €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	A. ÖPP-Projekte							
	I. Hochbau							
	a) Laufende Maßnahmen							
	b) Neue Maßnahmen							
	II. Tiefbau							
	a) Laufende Maßnahmen							
	b) Neue Maßnahmen							
	III. Sonstige							
	a) Laufende Maßnahmen							
	b) Neue Maßnahmen							
Summe Teil A.								
	B. Private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen							
	Tiefbau							
1210 823 12/ 1210 823 22	- Laufende Maßnahmen -							
Summe Teil B.								

zu Spalte 2: Zweckbestimmung (ggf. Kurzfassung) / Untergliedert nach I. Hochbau, II. Tiefbau, III. Sonstige sowie a) Laufende Maßnahme und b) neue Maßnahme, soweit veranschlagt

zu Spalte 8: maßgebend ist grundsätzlich die längste Laufzeit

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

(DOK: 2011/0914126)

Anhang 8

zu BMF - II A 1 - H 1105/11/10002 :001

DOK: 2011/0831738

ODA-Anmeldung - in TEUR -

	2013		2014		2015		2016
Ressort	bereits im Finanzplan enthaltene ODA- relevante Mittel	Veränderung ggü. geltendem Finanzplan	bereits im Finanzplan enthaltene ODA- relevante Mittel	Veränderung ggü. geltendem Finanzplan	bereits im Finanzplan enthaltene ODA- relevante Mittel	Veränderung ggü. geltendem Finanzplan	Veränderung ggü. Fortschreibung des geltenden Finanzplans 2015
BpräS	Epl. 01						
DBtg	Epl. 02						
BRat	Epl. 03						
BK	Epl. 04						
AA	Epl. 05						
BMI	Epl. 06						
BMJ	Epl. 07						
BMF	Epl. 08						
BMWi	Epl. 09						
BMELV	Epl. 10						
BMAS	Epl. 11						
BMVBS	Epl. 12						
BMVg	Epl. 14						
BMG	Epl. 15						
BMU	Epl. 16						
BMFSFJ	Epl. 17						
BVerfG	Epl. 19						
BRH	Epl. 20						
BMZ	Epl. 23						
BMBF	Epl. 30						
BSchuld	Epl. 32						
Allg. Finanzver- waltung	Epl. 60						
Summe insgesamt	0	0	0	0	0	0	0

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

Anhang 9

zu BMF - II A 1 - H 1105/11/10002 :001
DOK 2011/0831738

**Neue Unterbringungsmaßnahmen im Einheitlichen Liegenschaftsmanagement (ELM);
Ablaufplan für die Veranschlagung von Darlehen und Mieten bei Durchführung einer
Eigenbaumaßnahme oder eines ÖPP-Projektes**

Nach Ziffer 16 der Anlage 2 sind neue Unterbringungsfälle für Dienststellen des Bundes im Inland im Rahmen des ELM abzuwickeln. Dies gilt unabhängig davon, ob ein Nutzer seine Liegenschaften bereits in das ELM überführt hat oder nicht. Neuer Unterbringungsbedarf, z. B. wegen neuer oder veränderter Aufgaben oder aus Gründen der Bestandsoptimierung, wird durch eine der folgenden Maßnahmen gedeckt:

- Vermietung einer eigenen Liegenschaft der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt) an den Nutzer zur ortsüblichen Vergleichsmiete oder Kostenmiete bei Spezialliegenschaften;
- Anmietung einer Liegenschaft von einem Dritten durch die Bundesanstalt (anschließend Vermietung durch die Bundesanstalt an den Nutzer);
- Darlehensfinanzierter Eigenbau des Bundes im Rahmen des ELM mit der Bundesanstalt als Bauherrin (anschließend Vermietung durch die Bundesanstalt an den Nutzer);
- ÖPP-Projekt bei Abwicklung durch die Bundesanstalt ggf. unter Beteiligung der Partnerschaften Deutschland (PD)
- Kauf einer Liegenschaft durch die Bundesanstalt (anschließend Vermietung durch die Bundesanstalt an den Nutzer) wie im Rundschreiben - II B 5 - Fi 0723/06/0003
DOK: 2008/0044271 dargestellt;

Die folgenden Ausführungen beziehen sich vor allem auf die unter Tired 3 (nachfolgend Buchstabe a) und Tired 4 (nachfolgend Buchstabe b) genannten Unterbringungsvarianten. Wird im Folgenden keine Differenzierung vorgenommen, gelten die Ausführungen für beide Unterbringungsvarianten gleichermaßen.

- a) Führt die Bundesanstalt eine Baumaßnahme als Bauherrin durch (Eigenbau), erhält sie nach den ELM-Grundsätzen ein Darlehen, das im Einzelplan 60 (Kap. 6004 Tit. 861 02) veranschlagt wird.
- b) Führt die Bundesanstalt ein ÖPP-Projekt durch, hat sie für ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber privaten Investoren in ihrem Wirtschaftsplan Vorsorge zu treffen. Für ggf. erforderliche Anschubfinanzierungen muss im Kap. 6004 Tit. 861 02 zugunsten der Bundesanstalt Vorsorge getroffen sein.

Gleichzeitig hat das nutzende Ressort in seinem Einzelplan (Titel 518 .2) die Miet-VE zu veranschlagen und die Baumaßnahme und den ihr zugrunde liegenden Bedarf gegenüber den parlamentarischen Gremien zu vertreten. In den Titelerläuterungen sind die Baumaßnahme und ihr Verlauf darzustellen. Vorzusehen ist in der Regel eine 30-jährige Mietzeit. Die erstmalige Mietzahlung wird mit der Bezugsfertigkeit des Neubaus und Abschluss des Mietvertrags fällig.

Der Ablauf bis zur Veranschlagung des Mittelbedarfs im Einzelplan 60 (Darlehen) sowie im Einzelplan des nutzenden Ressorts (Miete) gestaltet sich bei großen Baumaßnahmen im Einzelnen in folgenden Schritten (Ausnahmen hierzu sind nur in besonders zu begründenden Einzelfällen zulässig - siehe auch Nr. 11):

1.

Das Ressort trifft intern die grundsätzliche Entscheidung über den neuen Unterbringungsbedarf. Es legt die zu erfüllenden Anforderungen im Einzelnen (Raumbedarf, Standortpräferenzen, Sicherheitsanforderungen, Sonderbedarf, spezielle Anforderungen an die Gebäude/Bauteile etc.) fest. Bei umfangreichen Maßnahmen sollte das Ressort der Empfehlung der RBBau Abschnitt E/Nr. 2.2 folgend zur Vermeidung von Fehlplanungen eine Vorabklärung des Unterbringungsbedarfs mit BMF (Spiegelreferat und Referat II B 4) herbeiführen. Das Spiegelreferat prüft, ob es das Ressort um Begründung des voraussichtlichen Finanzbedarfs bittet.

Danach hat sich das Ressort zur Realisierung des Vorhabens im Rahmen des ELM an die Bundesanstalt (nachrichtlich: Referat VIII A 4) zu wenden.

2.

Die Bundesanstalt führt für die im Einzelfall in Betracht kommenden Unterbringungsalternativen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nach § 7 Abs. 2 BHO auch unter Berücksichtigung der für die Mietdauer voraussichtlich anzusetzenden Betriebskosten durch. Die Eignung der Maßnahme als ÖPP-Projekt ist durch eine Eignungsprüfung nachzuweisen, die von der Bundesanstalt selbst oder Dritten, wie beispielsweise der PD durchgeführt werden kann. Bei großen Baumaßnahmen hat die Bundesanstalt nach den Vorschriften der RBBau (Abschnitt E) auf der Grundlage der Ressortanforderungen mit baufachlicher Unterstützung der Bauverwaltung eine Entscheidungsunterlage - Bau (ES-Bau) aufzustellen. Die Übernahme der anfallenden Kosten hat das Ressort zuvor zu Lasten seines Einzelplans (soweit mehrere Bedarfsträger betroffen sind - verursachergerecht nach den jeweiligen Planungsanteilen) zuzusagen. In der ES-Bau sind die realisierbaren Alternativen der Bedarfsdeckung - wie eingangs dargestellt - zu dokumentieren sowie kostenmäßig und funktional zu bewerten. Um bei umfangreichen Maßnahmen für den Unterbringungsvariantenvergleich eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchführen zu können, sind die voraussichtlichen Kosten der Eigenbaulösung und ggf. vorgetragene nicht-monetäre Aspekte des Nutzers vor der eigentlichen Anerkennung der ES-Bau mit BMVBS und BMF (Referat II B 4) abzustimmen.

3.

Die Bundesanstalt unterbreitet dem Ressort das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und leitet das Ergebnis auch dem im BMF zuständigen Spiegelreferat zu. Gleichzeitig gibt die Bundesanstalt dem Ressort die nach Baufertigstellung und Abschluss des Mietvertrags voraussichtlich zu zahlende Miete bekannt. Soweit nach dem Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung eine Realisierung als ÖPP-Projekt vorgeschlagen wird, handelt es sich um eine vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung.

4.

Das nutzende Ressort entscheidet über die aus seiner Sicht am besten geeignete Unterbringungsvariante auf Basis der (vorläufigen) Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Bundesanstalt.

- a) Fällt die Entscheidung für eine Eigenbaumaßnahme, hat die Bundesanstalt die baufachliche Genehmigung der ES-Bau und Kostenfestsetzung durch BMVBS herbeizuführen.
- b) Fällt die (vorläufige) Entscheidung für eine Realisierung als ÖPP-Projekt, werden die weiteren erforderlichen Schritte zur Durchführung als ÖPP-Projekt von der Bundesanstalt beauftragt (Ausschreibung und abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung).

5.

- a) Die Bundesanstalt beantragt die haushaltsmäßige Anerkennung der ES-Bau mit zwei Exemplaren der ES-Bau über das Referat VIII A 4 beim für die Anerkennung nach § 24 BHO zuständigen Referat II B 4 im BMF (Referat VIII A 4 → Referat II B 4; nachrichtlich: Referate Z A 3, II B 5).
- b) Die Bundesanstalt beantragt die haushaltsmäßige Zustimmung zur Durchführung des ÖPP-Verfahrens über das Referat VIII A 4 beim für die Anerkennung nach § 24 BHO zuständigen Referat II B 4 im BMF (Referat VIII A 4 → Referat II B 4; nachrichtlich: Referate Z A 3, II B 5).

6.

Das Ressort nimmt die Miete (in der Regel als VE für 30 Jahre; Grundlage für den Abschluss der zwischen Bundesanstalt und Nutzer zu schließenden Infrastrukturvereinbarung und des Mietvertrags) in seinen Haushaltsvoranschlag auf und legt diesen dem zuständigen Spiegelreferat des BMF vor.

- a) Gleichzeitig meldet die Bundesanstalt nach entsprechender Aufforderung durch das Ressort den Darlehensbedarf als Beitrag zum Haushaltsvoranschlag zu Kapitel 6004 Tit. 861 02 und legt ihn dem BMF (Referat VIII A 4 → Referat Z A 3 → Referat II B 5) vor.

- b) Sofern die nach dem Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wirtschaftlichste ÖPP-Variante eine Anschubfinanzierung vorsieht, ist für diese wie unter 7 a) zu verfahren. Im Übrigen ist Haushaltsvorsorge im Wirtschaftsplan der Bundesanstalt zu treffen.

7.

Auf Grundlage der haushaltswirtschaftlichen Prüfung von Referat II B 4 teilen die Referate II B 5 und VIII A 4 der Bundesanstalt sowie dem Spiegelreferat des Nutzerressorts und nachrichtlich dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in einem gemeinsamen Schreiben unter Mitzeichnung Referat Z A 3 und Referat II B 4 das Prüfungsergebnis

- a) zur ES-Bau mit einem Exemplar der Bauunterlage oder
- b) zur Anerkennung der bedarfsbegründenden Unterlagen

mit.

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen stimmen sich das Referat II B 5 und das Spiegelreferat des Nutzerressorts über die Veranschlagung des Mittelbedarfs für Darlehen und Mieten im Entwurf des Bundeshaushalts ab.

8.

Das Ressort schließt - nach In-Kraft-Treten des Haushalts - auf der Basis der im Nutzerhaushalt ausgebrachten Verpflichtungsermächtigung mit der Bundesanstalt eine Infrastrukturvereinbarung ab, deren Gegenstand insbesondere die Zusage des Ressorts ist, das nach seinen in der ES-Bau niedergelegten Vorgaben errichtete Bauwerk bei Bezugsfertigkeit abzunehmen und anzumieten.

9.

- a) Die Bundesanstalt wird Bauherrin und Auftraggeberin gegenüber der Bauverwaltung des Landes bzw. dem BBR für eine konventionelle Eigenbaumaßnahme, das nach deren Fertigstellung vom Nutzer bezogen wird. Vor Besitzübernahme durch den Nutzer ist zwischen der Bundesanstalt und dem Nutzer ein ELM-Mietvertrag zu schließen. Entsprechend den vereinbarten Regelungen sind die Mietzahlungen aufzunehmen.
- b) Die Bundesanstalt wird der öffentliche Partner des ÖPP-Projektes und schließt den ÖPP-Vertrag mit dem Privaten ab, wenn nach dem Ergebnis der abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der nach der ÖPP-Ausschreibung wirtschaftlichste Bieter gemäß den in der Ausschreibung festgelegten Kriterien auch im Vergleich zur Eigenbaulösung wirtschaftlicher ist. Dies erfordert die Anerkennung der ES-Bau als ÖPP-Projekt durch BMF (Referat II B 4).

Der Nutzer zahlt die Miete nach Fertigstellung der Baumaßnahme und Bezug an die Bundesanstalt (vgl. lit. a) Satz 2).

Sollte entgegen der (vorläufigen) Entscheidung nach 4. b) der Eigenbau wirtschaftlicher sein, ist die Anerkennung der ES-Bau nach den Schritten 4. a) ff. weiter zu verfolgen.

10.

Sofern für den reibungslosen Ablauf des Projektes in einem besonders zu begründenden Einzelfall eine Veranschlagung vor haushaltsmäßiger Anerkennung der ES-Bau oder Anerkennung zur Durchführung des ÖPP-Verfahrens notwendig ist, kann diese mit Zustimmung BMF (federführend Spiegelreferat; Referate II B 4, II B 5; Z A 3, VIII A 4) erfolgen. Unabhängig davon, ob ÖPP in Betracht kommt, ist die Maßnahme wie ein Eigenbau zu veranschlagen.

11.

Die bestehenden, laufenden Kooperationsverfahren mit der Wirtschaft (ÖPP-Maßnahmen) im Infrastrukturbereich der Bundeswehr werden vertragsgemäß durch die Bundeswehr weitergeführt und sind auch nicht Gegenstand der Dachvereinbarung zwischen BMVg, BMF und Bundesanstalt. Danach werden investive militärische Baumaßnahmen in den Dienstliegenschaften weiterhin durch BMVg als eigenfinanzierte Baumaßnahmen aus dem Einzelplan 14 durchgeführt.

Für zukünftige infrastrukturbezogene militärische ÖPP-Maßnahmen verbleibt die Zuständigkeit nach der in der o. g. Dachvereinbarung getroffenen Aufgabenverteilung auch weiterhin beim BMVg, wohingegen zukünftige nicht-militärische Baumaßnahmen in der Verantwortung der Bundesanstalt durchgeführt werden.

Die Bundesanstalt wird bei allen zukünftigen ÖPP-Projekten der Bundeswehr von Beginn an einbezogen, soweit ihre Zuständigkeit nach Maßgabe dieser Dachvereinbarung berührt ist.

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

Dokumentation der Sonderabgaben im Haushaltsplan 2013

In seinem Beschluss vom 17. Juli 2003 (BVerfG, 2 BvL 1/99) hat das Bundesverfassungsgericht vom Gesetzgeber für alle nach dem 31. Dezember 2003 aufzustellenden Haushaltspläne eine Dokumentation über alle Sonderabgaben in einer dem Haushaltsplan beigelegten Anlage gefordert. Das Bundesverfassungsgericht begründet diese Pflicht zur Information des Parlamentes und der Öffentlichkeit durch eine vollständige Dokumentation der Sonderabgaben mit dem Gebot wirksamer parlamentarisch-demokratischer Legitimation und Kontrolle von Planung und Entscheidung über die finanzielle Inanspruchnahme der Bürger für öffentliche Aufgaben.

Das Bundesverfassungsgericht hat gefordert, ab dem Jahr 2005 alle nicht steuerlichen Abgaben, die weder Gebühr noch Beitrag sind und bei denen auch mangels sonstiger spezieller Sach- und Zweckzusammenhänge „eine Konkurrenz zur Steuer nicht von vornherein ausgeschlossen ist“ (Umdruck des Gerichts, S. 43, 47) in den Haushalt aufzunehmen. Es soll sich um eine erschöpfende Aufzählung aller Sonderabgaben im Verantwortungsbereich des Bundesgesetzgebers handeln, unter Berücksichtigung der Sonderabgaben der selbständigen juristischen Personen (unter Einschluss auch solcher Sonderabgaben, die bereits an anderer Stelle im Haushalt dokumentiert sind). Der Bestand und die Entwicklung der Sonderabgaben nach Art und Umfang sollen sichtbar gemacht werden. Ob die eigenen Behörden des Bundes oder z. B. Länder- oder Kommunalbehörden die Abgabe vereinnahmen, ist unerheblich.

Mit der Übersicht VII zum Bundeshaushalt 2005 wurde diese Verpflichtung erstmals umgesetzt und in den Folgejahren fortgeschrieben. Dabei ist zu beachten, dass die Nennung der Abgabe diese nicht rechtlich als Sonderabgabe qualifiziert. Um dem verfassungsrechtlichen Auftrag gerecht zu werden, sind vielmehr auch solche Abgaben vorsorglich aufgenommen worden, bei denen die Klassifizierung als Sonderabgabe in Betracht kommt, aber nicht zwingend ist. Die Nennung der Abgabe erfolgt auch unabhängig davon, ob die Abgabe im Haushaltsplan bereits enthalten ist.

Für den Bundesbereich sind im Bundeshaushalt 2012 insgesamt 30 Abgaben mit einem Gesamtvolumen von rund 3,0 Mrd. € (Gesamthöhe bezieht sich nur auf die Abgaben, für die die Abgabenhöhe ermittelt werden konnte) dokumentiert.

Auch für das Haushaltsjahr 2013 wird die Übersicht entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts fortgeschrieben.

Ich bitte daher um Überarbeitung bzw. Ergänzung und weise auf Folgendes hin:

- Die Abgrenzung, ob im konkreten Fall eine Sonderabgabe vorliegt, ist nicht an der Bezeichnung der Abgabe (z. B. Gebühr, Beitrag, Abgabe, Umlage, Eigenanteil, Kostenerstattung) zu orientieren, sondern an der Verfassungsrechtsprechung zu dieser Abgabenart.
- Wird eine Sonderabgabe nicht in die Anlage zum Haushaltsplan aufgenommen, kann dieses Versäumnis nach der neuen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Folge haben, dass die Abgabe nicht verfassungsgemäß ist. Wegen dieser Konsequenz weise ich ausdrücklich darauf hin, dass die Entscheidung darüber, ob es sich bei einer Abgabe um eine Sonderabgabe handelt und sie in die Anlage aufzunehmen ist, vom jeweiligen Fachressort zu verantworten ist.
- Soweit eine Sonderabgabe aufgrund Landesrechts erhoben wird, die Ermächtigungsgrundlage für diese Rechtsnorm jedoch in einem Bundesgesetz enthalten ist, wird die Sonderabgabe nur in dem entsprechenden Landeshaushalt aufgeführt.
- Sonderabgaben, bei denen der Rechtsgrund durch Bundesrecht begründet ist, eine weitere Umsetzung durch Landesrecht nicht erfolgt, die Abgabe jedoch von den Ländern erhoben wird, werden in das Bestandsverzeichnis des Bundes aufgenommen.

Anhang 11

zu BMF - II A 1 - H 1105/11/10002 :001
DOK 2011/0831738

[Ressort]

Hinweis: Vor Übersendung an BMF bitte die Erläuterungen und Beispiele löschen!

Zusammenfassung Personalanforderungen zum Haushaltsentwurf 2013

hier: Einzelplan xx

Stellenforderungen zum Haushalt 2013 - Bereich oberste Bundesbehörden

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.-Gr.	Anzahl	Bes./E.-Gr.	

Stellenforderungen zum Haushalt 2013 - Nachgeordneter Bereich

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.-Gr.	Anzahl	Bes./E.-Gr.	

*)	N	=	Neue Planstellen/Stellen	Us	=	Umsetzungen von Planstellen/St.	kw [ku]	=	Neue kw- [ku-] Vermerke
	N/kw	=	Neue Planstellen/Stellen	Us/kw	=	Umsetzungen von Planstellen/Stellen	L	=	Neue Leerstellen
	[N/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	[Us/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	La	=	Leerstellenanpassungen
	W	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	Uw	=	Umwandlungen	LUs	=	Leerstellenumsetzungen
	W/kw	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	H	=	Hebungen	We	=	Wechselstellen
	[W/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	A	=	Absenkungen			

Stellenforderungen zum Haushalt 2013 - Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger

Kap/Tit Erl.-Nr. (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.-Gr.	Anzahl	Bes./E.-Gr.	

Zusätzliche Hinweise:

- Aufzunehmen sind folgende Stellenplanveränderungen: Neue Planstellen/Stellen; Wegfall von Planstellen/Stellen; Neue ku-/kw-Vermerke; Hebungen/Absenkungen, Umsetzungen, Umwandlungen von Planstellen/Stellen; Ausbringung und Anpassung von Leerstellen, die im Haushaltsvollzug nicht möglich sind. Dabei sind die Verlängerung und der Wegfall von kw-Vermerken als Ausbringung neuer Planstellen/Stellen mit/ohne kw-Vermerk gegen Wegfall der bisherigen Planstellen/Stellen mit kw-Vermerk darzustellen.
- Die Erfassung von **technischen Stellenplanveränderungen** (wie z. B. das Wirksamwerden von kw-Vermerken, der Wegfall von Leerstellen, die Regelbewilligung von Altersteilzeitersatz(plan)stellen bzw. das Nachvollziehen von bereits im Haushaltsvollzug bewilligten Stellenplanveränderungen) ist **nicht** erforderlich.
- Detaillierte bzw. ergänzende Begründungen und Erläuterungen zu den Stellenplanveränderungen (z. B. Personalbedarfsberechnung; Dienstpostenbewertung/Arbeitsplatzbeschreibung; Kostenvergleichsberechnungen; ggf. weitere finanzielle Auswirkungen) sind formlos als gesonderte Anlage beizufügen.
- Die Spalte „Haltung BMF“ ist beim Voranschlag unberücksichtigt zu lassen; sie dient der Vorbereitung der Haushaltsgespräche.

*)	N	=	Neue Planstellen/Stellen	Us	=	Umsetzungen von Planstellen/St.	kw [ku]	=	Neue kw- [ku-] Vermerke
	N/kw	=	Neue Planstellen/Stellen	Us/kw	=	Umsetzungen von Planstellen/Stellen	L	=	Neue Leerstellen
	[N/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	[Us/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	La	=	Leerstellenanpassungen
	W	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	Uw	=	Umwandlungen	LUs	=	Leerstellenumsetzungen
	W/kw	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	H	=	Hebungen	We	=	Wechselstellen
	[W/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	A	=	Absenkungen			

Muster

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.-Gr.	Anzahl	Bes./E.-Gr.	

Beispiel für neue Planstellen/Stellen

<u>0701</u> (BMJ)	N/kw	+ 5	A 15, A 14, A 13 g, A 9 m (2), alle kw 31.12.2014			Informationstechnik; Aufbau einer Datenbank im Bereich
	N	+ 2	E 6, E 5			IT-Referat, Anwenderbetreuung

Beispiel für neue Planstellen/Stellen (mit Ausgleich)

<u>0801</u> (BMF)	N	+ 3	A 13 g, A 12, A 11 <u>Ausgleich:</u> Wegfall A 15 (2), 0,5 A 7			Koordinierungsaufgaben im Zusammenhang mit der Bekämpfung illegaler Beschäftigung. Finanzneutrale Ausgestaltung durch entsprechenden Stellenausgleich.
<u>1214</u> (DWD)	N	+ 3	A 13 g, A 12, A 11 <u>Ausgleich:</u> Wegfall A 15 (2), 0,5 A 7 bei Kap. 1221			Neue Aufgabe im Bereich ...

Beispiel für Umsetzung

<u>0801</u> (BMF)	Us	- 1	A 13 g			Sachbearbeiter Bundeshauptkasse (Umsetzung nach Kap. 0803)
	Us	+ 1	E 9			Bibliothekarin (Umsetzung von Kap. 0808 im Zuge der Zusammenfassung der Bibliotheksbereiche am Standort Bonn)

Beispiel für „Schieben“ von kw-Vermerken

<u>0608</u> (StBA)	N/kw	+ 3	A 11 (3), alle kw 31.12.2014 <u>Ausgleich:</u> Wegfall A 11 (3), alle kw 31.12.2013			Asylbewerberleistungsstatistik (Fortdauer der Aufgabe)
-----------------------	------	-----	---	--	--	--

Beispiel für Wegfall von kw-Vermerken

<u>0503</u> (AusIV)	kw	+ 3	A 11 (3)			Überprüfung von VISA-Anträgen (Dauer-aufgabe)
------------------------	----	-----	----------	--	--	---

Beispiel für Wegfall von Stellen

<u>0610</u> (BKA)	W	- 6	A 13 g, A 7, E 10, E 9, E 8 (2)			Wegfall aufgrund Organisationsprüfung (IT-Bereich)
----------------------	---	-----	------------------------------------	--	--	--

*) N	=	Neue Planstellen/Stellen	Us	=	Umsetzungen von Planstellen/St.	kw [ku]	=	Neue kw- [ku-] Vermerke
N/kw	=	Neue Planstellen/Stellen	Us/kw	=	Umsetzungen von Planstellen/Stellen	L	=	Neue Leerstellen
[N/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	[Us/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	La	=	Leerstellenanpassungen
W	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	Uw	=	Umwandlungen	LUs	=	Leerstellenumsetzungen
W/kw	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	H	=	Hebungen	We	=	Wechselstellen
[W/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	A	=	Absenkungen			

Muster (Forts.)

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.-Gr.	Anzahl	Bes./E.-Gr.	

Beispiel für neue kw-Vermerke

0601 kw + 3 E 12 (2), E 11
(BMI)

Neue kw-Vermerke aufgrund Organisationsuntersuchung (Bereich Sportförderung)

Beispiel für Hebung

0903 H 5 E 10 nach E 11 (5)
(PTB) Ausgleich:
Wegfall E 9 (1)

IT-Sachbearbeitung (tarifvertraglicher Anspruch)

Beispiel für Umwandlung

0903 Uw 1 E 14 nach A 14
(PTB)

Übernahme des Stelleninhabers in das Beamtenverhältnis

Beispiel für neue Leerstellen

0901 L + 1 A 13 g
(BMWi)

Deutscher Beamtenbund

Beispiel für Leerstellenanpassung

0901 La 1 A 14 nach A 15
(BMWi)

Bundeskanzleramt

*)	N	=	Neue Planstellen/Stellen	Us	=	Umsetzungen von Planstellen/St.	kw [ku]	=	Neue kw- [ku-] Vermerke
	N/kw	=	Neue Planstellen/Stellen mit kw- [ku-] Vermerk	Us/kw	=	Umsetzungen von Planstellen/Stellen mit kw- [ku-] Vermerk	L	=	Neue Leerstellen
	W	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	[Us/ku]	=	Umsetzungen von Planstellen/Stellen mit kw- [ku-] Vermerk	La	=	Leerstellenanpassungen
	W/kw	=	Wegfall von Planstellen/Stellen mit kw- [ku-] Vermerk	Uw	=	Umwandlungen	LUs	=	Leerstellenumsetzungen
				H	=	Hebungen	We	=	Wechselstellen
				A	=	Absenkungen			

Anhang 12

zu BMF - II A 1 - H 1105/11/10002 :001
DOK 2011/0831738

Stelleneinsparung bei den institutionell geförderten Zuwendungsempfängern und sonstigen entsprechend geförderten Einrichtungen

Bei den Zuwendungsempfängern sind im Regierungsentwurf 2013 je Einzelplan folgende Einsparungen zu erbringen:

1. 1,5 Prozent der Planstellen/Stellen für Dauerpersonal (Nachvollziehen der pauschalen Stelleneinsparung 2012 in der unmittelbaren Bundesverwaltung),
2. 0,4 Prozent der Planstellen für Beamtinnen und Beamte (Nachvollziehen der zusätzlichen Stelleneinsparung 2012 aufgrund der Verlängerung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte auf 40 Stunden).

Einrichtungen mit weniger als 70 Planstellen/Stellen für Dauerpersonal bleiben von den Einsparungen ausgenommen.

Grundlage für die Berechnung der Einsparungen ist das Planstellen-/Stellensoll 2012. Planstellen/Stellen, die einen kw-Vermerk tragen, sind in die Berechnung nicht einzubeziehen. Die ermittelte Gesamteinsparung (Summe aus 1. und 2.) kann einrichtungsbezogen auf ganze Stellen abgerundet werden.

Die Einsparungen bei den Planstellen können auch bei Stellen, die Einsparungen bei den Stellen können auch bei den Planstellen erbracht werden.

Soweit im Einzelfall bei den gemeinsam von Bund und Ländern finanzierten Einrichtungen, in denen der Bund lediglich eine Minderheitsfinanzierung besitzt, Stelleneinsparungen im Hinblick auf die ablehnende Haltung der Länder nicht durchsetzbar sind und der Aufgabenbereich der Einrichtung die Beibehaltung des bisherigen Stellenbestandes rechtfertigt, kann auf die Stelleneinsparung verzichtet werden, wenn der hierdurch entstehende Ausgabenmehrbedarf durch Umschichtung gedeckt werden kann. In einem solchen Fall bleibt das Stellensoll dieses Zuwendungsempfängers bei der Berechnung der Einsparungen unberücksichtigt.

Planstellen und Stellen, die mit kw-Vermerk versehen sind, dürfen zur Erfüllung der Einsparquoten nicht eingespart werden. Planstellen und Stellen, die aufgrund der Beendigung der institutionellen Förderung nicht mehr benötigt werden, können nicht auf die Einsparungen angerechnet werden, wenn die Einrichtungen weiterhin im Wege der Projektförderung finanziert werden. Die Bemessungsgrundlage vermindert sich jedoch um das jeweilige Planstellen-/Stellensoll 2012.

